

Volkswoche

für Schlesien

zu den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“.

Bezugspreis: Durch die Hauptexpedition: Kurzfrist 4/6, durch die Buchhandlung der „Volkswoche“, Neue Gräfenstraße 5; Mathiasgasse 100, sowie durch alle Buchdrucker zu bezahlen. — **Bezugspreis im Ausland** zu entrichten wöchentlich 0,42 Rmt. + 8 Pf. Trägerlohn = 0,50 Rmt. wöchentlich 1,75 Rmt. + 86 Pf. Trägerlohn = 2,10 Rmt. Durch die Post einschl. Zustellungsgebühren 2,46 Rmt.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2

Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle 21732, Nebstelle 21733

Postcheck-Konto: Postcheck-Amt Breslau Nr. 5552

Kontokto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fls. Breslau

Unverlangt eingelassene Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Rückporto beilegt

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 20 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Tageszeit 3 Pf. Familienanzeigen, Siedlungsangebote, Stellengesuche, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort: 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Hauptexpedition Kurzfrist 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Was ist das Wahr?

Hugenberg soll mit 42 Millionen bei der Danatbank hängen

Zürich, 20. August. (Eigener Drahtbericht.) Der Berliner Korrespondent der „Neuen Zürcher Zeitung“ meldet seinem Blatt:

„Es ist jetzt festgestellt, daß die Schulden des von Hugenberg geleiteten Konzerns bei der Danatbank nicht weniger als 42 Millionen Mark beträgt. Man weiß, wie ich zuverlässig erfahren habe, in diesen Tagen Reichskanzler Dr. Brüning zu veranlassen gesucht, in Macht, die das Reich heute über die Danatbank und die Bildung ihrer Geschäfte besitzt, zu benutzen, um Dr. Hugenberg Schwierigkeiten zu verzeihen, die gleichzeitig das Ende seiner politischen Tätigkeit bedeuten würden. Der Reichskanzler hat abgelehnt. Die Verpflichtungen Dr. Hugenbergs und einer Unternehmung beruhen auf privatwirtschaftlicher Grundlage und dürften auch auf privatwirtschaftlicher Basis unter Ausschluß jedes politischen Moments abgewendet werden.“

42 Millionen Schulden allein bei der Danat und das in heutigen Zeiten ist selbst für den Hugenberg-Konzern eine Last, die er auf die Dauer überhaupt nur tragen kann, wenn ihm die unter Reichsgarantie stehende Danat weitestgehend entgegenkommt. Ist in dieser Beziehung nicht bereits was gefahren?

Die Konzession, mit dem Herrn Brüning den Schulden-

der Republik, Herrn Hugenberg behandelt wissen will, finden wir von ihm als Reichskanzler begreiflich. Hugenberg hat das Geld auf „privatwirtschaftlicher Grundlage“ gepumpt, aber ist er bisher auch den Voraussetzungen dieses Pumps gerecht geworden? Hat er mit der längst fälligen Rückzahlung der Kredite bereits begonnen?

Es scheint, daß die Konzession der Republik gegenüber Herrn Hugenberg, der jahrelang gegen die republikanische Staatsform und ihre Repräsentanten mit Gif und Gasie hat anfüllen lassen und auch jetzt noch kein anderes Ziel kennt, wieder einmal keine Grenzen kennt. Wir fordern deshalb, daß die Reichsregierung endlich die Karten aufdeckt und die Steuerzahler, ohne deren Steuergroschen die Reichsgarantie für die Danat nicht möglich wäre, wissen läßt, ob und wie mit ihrem Geld einer der Verderber Deutschlands über Wasser gehalten wird.

Veräußerungsverbot für Kirchengut in Spanien

Madrid, 20. August. Der spanische Justizminister hat eine Verordnung erlassen, durch die der Verkauf und jede hypothekarische Belastung der im Besitz der Kirchen und der Orden befindlichen Grundstücke und Gebäude untersagt wird.

Die Krise in Ungarn

Der Rücktritt der Regierung Bethlen unter dem Druck Frankreichs erfolgt

Budapest, 20. August. (Eigener Drahtbericht.)

Die Intervention Frankreichs, die zum Sturz der Regierung Bethlen geführt hat, steht hier im Mittelpunkt der Erörterungen. In diesem Zusammenhang stellt das Blatt der kleinen Landwirte, deren Fraktion bisher an Regierungsbildung beteiligt war, fest, daß der Vertrag über die ungarisch-französische Anleihe von mehreren Millionen Mark geheim in Klausen enthält. Daß diese Anleihe die ungarische Regierung gezwungen, der Tschechoslowakei handelspolitische Konzessionen zu gewähren und die Verwaltung der ungarischen Eisenbahn einer tschechischen Finanzgruppe zu übergeben.

Der Schwerpunkt der neuen Kabinettshaltung liegt in der Zahl des neuen Finanzministers. Der mit der Kabinettshaltung beauftragte Graf Karolyi erklärte vor Journalisten, daß er die Regierung auf der Basis des zurückgetretenen Kabinetts bilden werde. Das bedeutet jedoch nicht, daß er Personen, die weder der Einheitspartei noch der Christlich-sozialen Parteipartei angehören, nicht in die Verhandlungen zur Bildung des Kabinetts einbezogen werden.

Der Rücktritt des Grafen Stefan Bethlen beweist, daß etwas im Königreich Ungarn nicht stimmt. Denn wenn ein Ministerpräsident, der über zehn Jahre an der Spitze der Regierung seines Landes gestanden hat, sozusagen über Nacht geht, obwohl er bis zuletzt das Vertrauen einer überwältigenden Mehrheit des Parlaments besaß, dann müssen schon unter den Kulissen der offenen politischen Bühne ernste Dinge vorgehen.

Die Wirtschaftskrise ist es, die am Ausgangspunkt des Regierungswechsels steht. Wie stark sie in Ungarn wütet, ist man nie genau erfahren können, weil in diesem Lande seit etwa zwölf Jahren eine halbe Diktatur herrscht, die nicht nur in den ballartigen Wahlzuständen, sondern auch in einer eindringlichen Pressezensur zum Ausdruck kommt. Man kann sich mit diktatorischen Mitteln die Wahrheit über die Verhältnisse eines Landes unterdrücken, die Verhältnisse selbst dadurch nicht besser. Man wußte zwar, daß eine unheilvolle Arbeitslosigkeit in Ungarn, vor allem in den einzigen industriellen Großstädten wie Budapest, herrscht, lange Jahre konnte man bisher nicht, da es keine faktische Arbeitslosenstatistik gibt und infolgedessen die vom Elend der Erwerbslosigkeit Betroffenen Massen statistisch nicht erfaßt werden können.

Über Ungarn ist vorwiegend ein Agrarland. Und wir wissen, daß die Agrarländer Südosteuropas ohne Ausnahme durch gewaltige Krisen vor der Landwirtschaftlichen Produktionsweise besonders stark betroffen sind. Das gesamte Landwirtschaftsweisen Ungarns ist in den letzten Monaten in Auflösung geraten. Das kam am deutlichsten in den Tagen zum Ausdruck, als die deutsche Finanzkrise ihren Höhepunkt fand. Damals verfügte die ungarische Regierung ohne weinbaren Plan, daß die ungarische Finanzkrise ihren gleichen Magnituden wie die Reichskrisis genauso die gleichen Maßnahmen wie die Reichskrisis: Bankenöffnungen, Bankenflucht und Bergleidungen benötigt. Bei Ungarn fehlt nun eine großzügige finanzielle Hilfe. Dies dringende Anteil und Notwendigkeit kann Deutschland nicht allen europäischen Staaten nur Frankreich befriedigen. Es hat Ungarn seit Jahren eine Außenpolitik getrieben, die es im Innern aufzuhören. Sie ist gegenwärtig in Frankreich geblieben. Entsprechend der reaktionären nationalistischen Einstellung im Innern, auf Ungarn aufzuhören. In das

sozialistische Fahrwasser gegeben. Die Pariser Banken sind aber nicht gewillt, ihr Geld solchen Ländern zu borgen, die außenpolitisch Ziele gegen Frankreich oder gegen die Freunde Frankreichs verfolgen. Das haben in den letzten zwei Monaten auch Österreich und Deutschland gespürt. Auch Ungarn muß sich jetzt entscheiden, ob es weiter Irredentismus treiben und als Sturmbock Mussolini dienen will, oder eine Annäherung an Frankreich und damit an die Kleine Entente wünscht.

Das ist der Sinn des plötzlichen Rücktritts Bethlens. Der bisherige Ministerpräsident Ungarns war der Exponent der italienischen Richtung. Vielleicht war er gewillt, diesen Kurs aufzugeben, aber Frankreich geht gegen ihn, besonders seit der Frankensäkularisation vom Jahre 1926, das starke Misstrauen. So mußte er gehen, wenn Ungarn nicht vollends an den Abgrund geraten sollte.

Woher stammen die Schulden?

Unter den Briefen an die „Böhmische Zeitung“ in der letzten Sonntagsausgabe des genannten Blattes finden wir folgenden, sehr bemerkenswerten Artikel:

Buchholz (Grenzmark), 13. August.

Den Artikel „Ernte“ in der „Böhmischen Zeitung“ habe ich gelesen und kann als praktischer Landwirt Ihnen nur zustimmen. Es sind trotz aller Hilfen sehr viele landwirtschaftliche Betriebe nicht zu halten. Ich besitze ein mittleres Gut im Kreise Schloßau, dem Amtsgericht der Grenzmark, und komme sehr gut durch, so daß ich mir Kredite gebrauche. Hier im Kreise gibt es zurzeit 35 Landwirtschaften in Zwangsverwaltung und viele Güter sind schon ganzweise verlaufen worden. Das liegt aber nicht etwa an der Grenzziehung. Die Grenze schadet kaum einem landwirtschaftlichen Betrieb, da alle Erzeugnisse von hier nach Westen gehen und die Bahnen dorthin genau so wie früher bestehen. Es liegt hier nur zu oft an den Leuten selbst, wenn sie verschuldet sind. Erstens ist ein Teil gar nicht Landwirt, sondern nur Besitzer, die sich während des Krieges und der Inflation angelaufen haben. Dann sind viele durch die Inflation zu Spekulanten und Verschwender geworden und haben das Wirtschaften und Rechnen verlernt.

Diese Leute sind nicht zu halten. Ich stehe auf dem Standpunkt, ein Landwirt, der in den 6 bis 7 Jahren seit 1918 bis 200 000 Mark Schulden gemacht hat (denn fast alle waren durch die Inflation Schuldenfrei geworden), sollte einem besseren Platz machen. Es gibt 20- bis 30 000 tüchtige junge Landwirte und landwirtschaftliche Inspektoren, die gern das Land bearbeiten wollen.

Gerade hier im Osten ist ein tüchtiger, treuhänder Bauern- und Gutsbesitzstand nötig. Briefe der notleidenden Betriebe müßten 30- bis 40 000 Mark Zusatz oder mehr jährlich erhalten. Die Hilfe muß vereinbart werden. Jeder Landwirt muß eine Erziehung machen. Bei den Landwirten genügt der Kaufpreis von Schulden, um Staatszuwendungen zu erhalten. Es müßte mindestens angefordert werden, auf welche Weise die Schulden entstanden sind. Einzelne durch Hilfen halten zu wollen, ist Unfug, führt zu Korruption und muß durch die hohen Kosten neuere höhere Steuern bringen. Da geben zuletzt auch die Kleider mit unter.

Dietrich Adolph Gutsdeiner.

Hoepli-Wissner zur Reichsreformfrage

Er schlägt Reichsreform durch Notverordnung vor — Vorschläge, die sehr genau überlegt werden sollten

Der preußische Finanzminister Dr. Hoepli-Wissner macht zur Frage der Reichsreform im „Deutschen Volksblatt“ folgende Vorschläge:

1. Der Preußische Innensenminister wird gleichzeitig Reichsinnenminister. Das Reich übernimmt die Polizeiverwaltung und die Gemeindeaufsicht in Preußen. Dies kann durch Notverordnung verfügt werden, weil der Artikel 48 in Notzeiten dem Reichspräsidenten das Recht gibt, nicht nur die Beauftragten des Reichsgegängers und des Landesgegängers auszuüben, sondern auch die Landesverwaltung an sich zu nehmen. Da das verfassungsändernde Gesetz Monate erfordern würde, und ein sofortiges Handeln geboten ist, sind die Voraussetzungen des Artikels 48 für eine vorläufige Regelung bis zur Verabschiedung des verfassungsändernden Reichsgesetzes gegeben.

2. Der Reichsjustizminister übernimmt die Betreuung der preußischen Justizverwaltung. Auch dies kann durch Notverordnung verfügt werden in der Form, daß die Reichsregierung die Leitung der Justizverwaltung für das Land Preußen ausübt.

3. Die preußische Steuerverwaltung geht auf das Reich über. Dieser Übergang kann auf Grund der Reichsabgabenordnung durch einen preußischen Antrag ohne weiteres herbeigeführt werden.

Der Reichsinnenminister und der Reichsjustizminister würden alsdann gleichzeitig Mitglieder des preußischen Kabinetts sein, und der preußische Ministerpräsident müßte als Vicekanzler in das Reichskabinett eintreten. Diese weitreichenden Besetzungen können ohne Gefahränderung vor sich gehen.

Das sind die entscheidenden Maßnahmen. Man kann die Dinge noch weiter treiben: Das Reichsarbeitssministerium könnte die Aufgaben des preußischen Wohlfahrtsministeriums (ohne Arbeitsmarktreform und Sozialpolitik), das Reichslandwirtschaftsministerium die Aufgaben des preußischen Handelsministeriums (ohne Berufsschulen, Bergverwaltung und Betreuung der preußischen Gesellschaften), das Reichsnährungsministerium die Aufgaben des preußischen Landwirtschaftsministeriums (ohne Berufsschulen und Betreuung der Domänen und Forsten) übernehmen.

Diese Vorschläge des preußischen Finanzministers werden von einem Teil der preußischen Minister geteilt, von einem anderen abgelehnt. In dem Ziel einer weitgehenden Reichs- und Verwaltungsfusion ist sich das preußische Kabinett durchaus einig. Umstritten ist nur der Weg und zwar insbesondere die Frage, ob es zweckmäßig ist, die Reichsreform durch Notverordnung zu ermöglichen. Auch im Reichskabinett herrscht darüber keine einheitliche Auffassung. Das gleiche gilt von den Parteien wohl aller Richtungen.

Die Reichsreform muß und wird kommen. Ja, wir sind ihr bereits näher als es manchem unvergleichlichen Partikularisten angenehm ist. Niemand kennt keine Grenzen und so werden voraussichtlich schon in absehbarer Zeit über alle Landesgrenzen und Landesrechte hinweg umfassende Maßnahmen notwendig sein, gegen die es angesichts der wirtschaftlichen Lage der Länder und Gemeinden lachliche und überzeugende Einwendungen nicht mehr geben wird. Wir sind deshalb der Meinung, daß man der organischen Entwicklung der Dinge zunächst ihren Lauf lassen und sie nicht durch Maßnahmen beeinflussen sollte, die im Augenblick vielleicht eher hemmend als fördernd wirken könnten.

A. Kr. Wir sind der Ansicht, daß die Vorschläge des Herrn Hoepli-Wissner mit der Reichsverfassung nicht übereinstimmen. Denn mit den Personalveränderungen, die der Vorschlag des Herrn Hoepli-Wissner vorsieht, ist es ja nicht getan, sondern diese Vorschläge enthalten auch eine Änderung der sachlichen Kompetenzen verschiedener Reichs- und Landesbehörden. Eine solche auf dem Wege der Notverordnung durchzuführen, gestattet der Artikel 48 der Reichsverfassung aber nicht. Denn die Abgrenzung der Kompetenzen des Reiches und der Länder ist durch die Reichsverfassung festgelegt. Eine Änderung der Verfassung ist aber durch Notverordnung nach dem klaren Wortlaut des Absatz 2 des Artikels 48 nur insoweit möglich, wie es dort angegeben ist. Unter den Verfassungsbestimmungen, die danach vorübergehend außer Kraft gesetzt, aber auch nicht geändert werden können, gehörten aber die Artikel der Reichsverfassung nicht, die die Kompetenzen von Reich und Ländern, die in den Abschnitten 1 und 6 des ersten Hauptteils der Verfassung umfassen sind, festlegen. Alle Artikel der Reichsverfassung, die durch Notverordnung vorübergehend außer Kraft gelegt werden können, gehören ohne jede Ausnahme dem zweiten Hauptteil der Reichsverfassung an. Überdies würden irgendwelche Änderungen der Reichsverfassung, die die Kompetenzen des Reiches und der Länder umgestalten, also z. B. einen bestimmten Vermaltungszweig, der bisher den Ländern vorbehalten war, auf das Reich übertragen, nur allgemein durchgeführt werden können, also für alle Länder Deutschlands in gleichem Maße. Auch eine solche Verfassungsreform ist nur auf dem Wege der Änderung der Verfassung möglich. Denn auch die Bereitstellung der Verfassung auf Reich und Länder ist explizit und implizit in der Verfassung festgelegt. (Eine Ausnahme macht wohl nur die Steuerverwaltung.)

Bieten zwei andere Möglichkeiten, um den erzielten Effekt

Verwaltung mit dem Zweck diesem sei, die Leitung der Verwaltung oder die Durchführung eines bestimmten Verwaltungszwecks überträgt. Das ist allerdings möglich. Solche Übertragungen durch einzelne Städte haben ja auch schon in kleinen Umfangs stattgefunden. Aber das kann dann nicht durch Notverordnung verfügt, sondern eben nur durch Vertrag verabschiedet werden.

Dieser Weg ist mittler gangbar. Wie man ihn aber beschreitet, ist es notwendig, die notwendigen personellen und politischen Garantien für Preußen zu erhalten, damit die in Preußen erzielten Fortschritte nicht wieder verloren gehen. Da ist vor allem zu sagen, daß für uns die Übertragung der Justizverwaltung auf das Reich nur dann erträglich ist, wenn der jetzige preußische Justizminister Reichsjustizminister wird und die maßgebenden leitenden Beamten des preußischen Justizministeriums die leitenden Stellen im Reichsjustizministerium erhalten. Denn das preußische Justizministerium hat nun im allgemeinen als reformfreudig und forschrittsfähig erwiesen. Das Reichsjustizministerium ist dagegen starrreaktorisch.

Aus den Ausschüssen des Herrn Höpfer-Alschoff scheint hervorzugehen, daß er noch einen anderen Modus im Auge hat. Richtig keine eigentliche Verfassungsänderung, sondern die Übernahme einzelner Zweige der Verwaltung auf das Reich, wie sie zum Beispiel 1923 in Sachsen und Thüringen vorübergehend erfolgte mit Hilfe des Artikels 48, Absatz 1.

Das ist aber nur möglich, wenn Preußen seinen ihm obliegenden Pflichten nicht nachkommt. Und das kann dann nur in der Form geschehen, daß die Reichsbehörde den preußischen Behörden Anweisungen gibt und durch Militärgewalt für Ausführung dieser Anweisungen sorgt, aber nicht, indem sie selbst die ganze Verwaltung übernimmt. Und diese Anweisungen können sich nur darauf erstrecken, die preußische Verwaltung zur Einhaltung ihrer verfassungs- und gesetzähnlichen Verpflichtungen einzuhalten, soweit die preußische Verwaltung sie nicht erfüllt. Von allen dem kann hier doch keine Rede sein. Auf diese Weise, d. h. mit dem Ausnahmestand, ist doch keine Verwaltungsreform zu machen.

Ganz abgesehen davon, wäre ein solches Versehen eine völlige Zersetzung der Verfassung, dann könnte ja mit Hilfe des Art. 48 alles gemacht werden.

Aus soviel ist gegen Herrn Höpfer-Alschoff Vorsichtiger Einschätzendes einzutreten. Wir wollen uns heute auf die eine Bemerkung beschränken, daß das, was auf diese Weise erreicht ist, für die Republik ist. Gerade zwei Ministergehalter werden gespart. Alles andere bleibt beim Alten, weil doch das Reich auf den Gebieten, von denen Höpfer-Alschoff spricht, gar keinen Verwaltungsaufbau hat, also gar nicht zwei Apparate zusammengelegt werden können. Es ist zur die Stelle, die die Anweisungen gibt, eine andere sein. Und für diesen höchst geringen Erfolg will man den ganzen Bau unserer Verfassung untermühlen? Denn darauf würde eine solche Maßnahme doch hinauslaufen.

Am bedauerlichsten, ja am traurigsten an den ganzen Angelegenheit ist über, daß Politiker, die für Demokratie neuerdings leidenschaftlich das Ausnahmerecht anstreben und sogar ausweiten wollen, daß es ihnen gar nicht mehr gegen das Gesetz geht, daß damit alle demokratischen Garantien und Sicherheiten allmählich unterdrückt werden. Und das ohne mindestens Grund! Denn trotz aller großen Finanznot sind solche Maßnahmen, wenigstens wenn sie in dem Rahmen bleiben, bei hier gezogenen ist, höchst überflüssig, da, wie bereits erwähnt, ihre finanzielle Auswirkung ganz gering ist. Aber auch wenn das nicht der Fall wäre; auch in Zeiten großer Not sollte man sich davor hüten, wichtige Rechtsgarantien zu beseitigen. Denn das kann weitgehende und unheilvolle Folgen haben. Bei aller Not, die herrscht, auch bei der großen Finanznot des Staates muß gesagt werden, daß sie doch noch bei weitem nicht so groß ist, daß man mühsam erprobene und erkämpfte Rechtsgarantien deshalb aufzugeben muß.

aber hinzusehen, wenn es besteht, eine solche Auszehrung der Reichsverfassung.

Baltimore zu dem Baseler Bericht

Die Radio-Agentur meldet aus Washington, daß die dortigen offiziellen Kreise die in dem Bericht des Baseler Gouvernementsausschusses enthaltene Empfehlung zur Revision der Kriegsabkommen und Reparationen für vertraglich halten. Eine solche Vorempfehlung könnte er in einigen Monaten und unter der Bedingung, daß die Regierung es wirklich verlangt, Bedeutung erhalten. Andererseits halte man es auch nicht für möglich, nach

wieder aufzunehmen. Aber man vertrete die Ansicht, daß die vorläufige Diskussion aller dieser Fragen nur die Opposition der Reichsstaaten stärken könne. Man gebe zu verstehen, daß der erste Schritt die Revision des Young-Plans in der Ausdehnung des Hoover-Moratoriums auf ein weiteres Jahr bestehen könnte, zumal ein Jahr nicht für ausreichend hält, um die europäischen Finanzen zu stabilisieren.

Im Gegensatz zu der vorstehenden Nachricht meldet Washingtoner Korrespondent der "Agency Economic Finance", daß die Regierungsbehörden gegenwärtig einen neuen Plan ausarbeiten, nach dem eine Herabsetzung der Schulden auf dem Wege der Verlängerung der Fristen vorgenommen werden soll.

Abrechnung mit der Nazimörderbrut

Die Strafanträge und Strafverfahren des Staatsanwalts im Berliner Totenschlagprozeß

Im Prozeß gegen die nationalsozialistischen Rowdies vom Sturm 33 in Berlin-Moabit beantragte der Staatsanwalt Stehniß am Donnerstag gegen die Angeklagten hohe Gefängnisstrafen.

In detaillierten Ausführungen ging der Ankläger auf die Ergebnisse der Beweisaufnahme ein und zerpflückte die verlogenen Ausreden der Angeklagten, die heute vor der politischen Polizei und dem Untersuchungsrichter freiwillig abgelegten Geständnisse nicht wahrhaben wollen und breit genug sind, die politischen Beamten zu verdächtigen, bewußt falsche Protokolle angefertigt zu haben. Im einzelnen beantragte der Staatsanwalt gegen den erst 18jährigen Neubert, den er für vollkommen überführt hält, die lebensgefährlichen Strafe auf Niemanden eider geführt zu haben, wegen verüchter Totenschlags, schweren Landfriedensbruchs und Raubhandels insgesamt vier Jahre Gefängnis. Fünf Monate der Untersuchungshaft sollen dem Angeklagten angerechnet, das zur Tat benutzte Messer soll eingezogen werden. Gegen den Angeklagten Friede beantragte der Staatsanwalt wegen der gleichen Delikte die gleiche Strafe, während er für Becker und Pint, die an dem beispielhaften Überfall auf die Brüder Klemens und die weniger hervorragend beteiligt waren, je zwei Jahre sechs Monate Gefängnis für angemessen hält. Pint sollen zwei Monate Untersuchungshaft in Anrechnung gebracht werden. Gegen Foerster, den letzten Angeklagten, beantragte der Ankläger Freispruch. Im übrigen bat er, die Haftstrafe wegen Fluchtverbots (siehe Sturmführer Hahn) aufrecht zu erhalten und den Angeklagten die Niederzeugungsstrafe abzuprächen.

In der Begründung seiner Anträge zeigte Staatsanwalt Stehniß

die abgrundtiefe Roheit und Verwahrlosung an, mit der die Nazis vom Sturm 33 ihre Tat ausgeführt haben. Als Beweis dafür, daß die Verüchte der Angeklagten, die Dinge so hinzustellen, als ob sie in Notwehr gehandelt hätten, gänzlich hinfällig sind, zog der Ankläger die Aussagen der Schwester Krüger, der Freunden der Angeklagten Friederike und Neubert heran, die die Planmaßnahmen des Überfalls einmandfrei erwiesen haben. Neubert habe sich leiderzeit seiner Blattat noch gerühmt und davon gejubelt, daß er einen anständig fertig gemacht habe und daß die „segs“ Stiche bestimmt geangen hätten. Wenn er das auch heute als Notumkehrer abstimme, so kann dem die Aussagen von der Polizei gegenüber, durch die er sich gleichfalls schwer belobt habe. Wenn man den Aussreden Neuberts folgen würde, so müßte man den Angeklagten für geisteskrank erklären, da nicht unzweckmäßig sei, daß ein gesunder Mensch sich gründlos darunter belaste. Welcher Geist in den Leuten des Sturms 33 lebendig sei, erkenne man daraus, daß man es möglich vermieden habe, bei den Auseinandersetzungen mit den politischen Gegnern die Polizei heranzuziehen, die allein das Recht habe, für Ruhe und Ordnung Sorge zu tragen. Im Gegenteil, man habe, seiner lichtscheuen Männer wegen, eine sehr bezeichnende Angst vor den Beamten gehabt. Wörtlich fuhr der Staatsanwalt dann fort:

Dem politischen Komplizen muß mit allen Mitteln das Handwerk gelegt werden. Die ungemein bedrohliche Verhängung der Komplizen der Nazis bringen dazu,

drei Erschießen mit auerbittlicher Strenge zu ahnden.

Durch Taten dieser Art sind wir mit an den Rand des Verderbens gebracht worden. Das Ausland muß beinahe annehmen, daß wir die Kraft verloren haben, für Ordnung und Sicherheit im Lande Sorge zu tragen.

Es genügt wohl, auf diese empörenden Zustände hinzuweisen. Hier kann nur äußerste Strenge helfen. Die Strafen, die meine Herzen Richter verhängen, sollen dazu dienen, diesen gäblischen Verhältnissen ein Ende zu machen. Bittere Gewaltigkeit zwinge dazu, die Straßenkombattanten energisch zu zeigen, daß das Gesetz für alle gilt.

Abschließend behandelte der Staatsanwalt die Gründe,

ihm bewogen hatten, den Angeklagten die Überzeugungstäuschung abzuprächen und die in der Linie der vorher viel gegebenen Ausführungen liegen. Die Angeklagten, die zuerst aufgeräumt schienen, wurden, als der Ankläger mit ihrer Fratzen redete, von Minute zu Minute stiller. Sie sahen im Schlus der Anklagerede sehr gedrückt in ihren Bänken.

Das Auswärtige Amt „bewahrt“ sich wieder einmal

Der deutschen Delegation zur diesjährigen Büttendtagung werden im Gegensatz zu den bisherigen Jahren keine Parlamentarier angehören. Das Auswärtige Amt hält es angesichts der Vielzahl der Parteien der Sowjetrepublik, die sich aus ihren verschiedenartigen Befürchtungen zur Regierung ergeben, für unmöglich, eine geeignete Auswahl zu treffen. Das ist wenigstens der offizielle Grund für seine Stellungnahme, ob es auch der wahre ist, läßt sich nicht weiter feststellen. Jedenfalls soll die Delegation diesmal ausnahmslos aus Beamten bestehen, und zu nehmen die Plätze der Hauptdelegierten der Außenministeriums, der Direktor der juristischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, Gauß und Graf Bernstorff ein. Erzbischöfliche Junginger drei Herren im Gesandtenrat darunter der derzeitige Gesandte in Oslo, Freiherr von Weizsäcker.

Eine Zeit lang war auch beabsichtigt, zwei im vergangenen September nicht wiedergewählte Mitglieder von zwei Redaktionen zur Delegation hinzuzutragen. Wie ein solcher abur-

gedanke, der wieder einmal jedes psychologische Verständnis

ausgenommer Wirkungen vermissen ließ, aufkommen konnte, schwer zu begreifen. Glücklicherweise hat das Auswärtige Amt in letzter Stunde — vielleicht nicht ganz freiwillig wieder ausgegeben.

Einige Minuten später kam der neue Gesandte in Oslo, Freiherr von Weizsäcker.

Sicherlich war auch beabsichtigt, zwei im vergangenen

September nicht wiedergewählte Mitglieder von zwei Redaktionen zur Delegation hinzuzutragen. Wie ein solcher abur-

gedanke, der wieder einmal jedes psychologische Verständnis

ausgenommen Wirkungen vermissen ließ, aufkommen konnte, schwer zu begreifen. Glücklicherweise hat das Auswärtige Amt in letzter Stunde — vielleicht nicht ganz freiwillig wieder ausgegeben.

Haussuchung im Liebknecht-Haus

Die Berliner Polizei hat, ehe sie das Karl-Liebknecht-Haus der Kommunisten in Berlin-

Donnerstagabend verlassen hat, eine umfassende Durchsuchung

aller Räume des Hauses vorgenommen und umfassend

Material zu Tage gefördert. Es wurden große Mengen

von Zersetzungsmaterial und verbotenen Broschüren gefunden

ferner wurde festgestellt, daß ein großer Teil der Zellen

der Betriebszeitungen, die meist illegal erscheinen, ebenfalls im Karl-Liebknecht-Haus hergestellt wurde.

Die Berliner Polizei hat, ehe sie das Karl-Liebknecht-Haus der Kommunisten in Berlin-

Donnerstagabend verlassen hat, eine umfassende Durchsuchung

aller Räume des Hauses vorgenommen und umfassend

Material zu Tage gefördert. Es wurden große Mengen

von Zersetzungsmaterial und verbotenen Broschüren gefunden

ferner wurde festgestellt, daß ein großer Teil der Zellen

der Betriebszeitungen, die meist illegal erscheinen, ebenfalls im Karl-Liebknecht-Haus hergestellt wurde.

Die Berliner Polizei hat, ehe sie das Karl-Liebknecht-Haus der Kommunisten in Berlin-

Donnerstagabend verlassen hat, eine umfassende Durchsuchung

aller Räume des Hauses vorgenommen und umfassend

Material zu Tage gefördert. Es wurden große Mengen

von Zersetzungsmaterial und verbotenen Broschüren gefunden

ferner wurde festgestellt, daß ein großer Teil der Zellen

der Betriebszeitungen, die meist illegal erscheinen, ebenfalls im Karl-Liebknecht-Haus hergestellt wurde.

Die Berliner Polizei hat, ehe sie das Karl-Liebknecht-Haus der Kommunisten in Berlin-

Donnerstagabend verlassen hat, eine umfassende Durchsuchung

aller Räume des Hauses vorgenommen und umfassend

Material zu Tage gefördert. Es wurden große Mengen

von Zersetzungsmaterial und verbotenen Broschüren gefunden

ferner wurde festgestellt, daß ein großer Teil der Zellen

der Betriebszeitungen, die meist illegal erscheinen, ebenfalls im Karl-Liebknecht-Haus hergestellt wurde.

Die Berliner Polizei hat, ehe sie das Karl-Liebknecht-Haus der Kommunisten in Berlin-

Donnerstagabend verlassen hat, eine umfassende Durchsuchung

aller Räume des Hauses vorgenommen und umfassend

Material zu Tage gefördert. Es wurden große Mengen

von Zersetzungsmaterial und verbotenen Broschüren gefunden

ferner wurde festgestellt, daß ein großer Teil der Zellen

der Betriebszeitungen, die meist illegal erscheinen, ebenfalls im Karl-Liebknecht-Haus hergestellt wurde.

Die Berliner Polizei hat, ehe sie das Karl-Liebknecht-Haus der Kommunisten in Berlin-

Donnerstagabend verlassen hat, eine umfassende Durchsuchung

aller Räume des Hauses vorgenommen und umfassend

Material zu Tage gefördert. Es wurden große Mengen

von Zersetzungsmaterial und verbotenen Broschüren gefunden

ferner wurde festgestellt, daß ein großer Teil der Zellen

der Betriebszeitungen, die meist illegal erscheinen, ebenfalls im Karl-Liebknecht-Haus hergestellt wurde.

Die Berliner Polizei hat, ehe sie das Karl-Liebknecht-Haus der Kommunisten in Berlin-

Donnerstagabend verlassen hat, eine umfassende Durchsuchung

aller Räume des Hauses vorgenommen und umfassend

Material zu Tage gefördert. Es wurden große Mengen

von Zersetzungsmaterial und verbotenen Broschüren gefunden

ferner wurde festgestellt, daß ein großer Teil der Zellen

der Betriebszeitungen, die meist illegal erscheinen, ebenfalls im Karl-Liebknecht-Haus hergestellt wurde.

Die Berliner Polizei hat, ehe sie das Karl-Liebknecht-Haus der Kommunisten in Berlin-

Donnerstagabend verlassen hat, eine umfassende Durchsuchung

aller Räume des Hauses vorgenommen und umfassend

Material zu Tage gefördert. Es wurden große Mengen

von Zersetzungsmaterial und verbotenen Broschüren gefunden

ferner wurde festgestellt, daß ein großer Teil der Zellen

der Betriebszeitungen, die meist illegal erscheinen, ebenfalls im Karl-Liebknecht-Haus hergestellt wurde.

Die Berliner Polizei hat, ehe sie das Karl-Liebknecht-Haus der Kommunisten in Berlin-

Donnerstagabend verlassen hat, eine umfassende Durchsuchung

aller Räume des Hauses vorgenommen und umfassend

Material zu Tage gefördert. Es wurden große Mengen

von Zersetzungsmaterial und verbotenen Broschüren gefunden

ferner wurde festgestellt, daß ein großer Teil der Zellen

der Betriebszeitungen, die meist illegal erscheinen, ebenfalls im Karl-Liebknecht-Haus hergestellt wurde.

Die Berliner Polizei hat, ehe sie das Karl-Liebknecht-Haus der Kommunisten in Berlin-

Donnerstagabend verlassen hat, eine umfassende Durchsuchung

aller Räume des Hauses vorgenommen und umfassend

Material zu Tage gefördert. Es wurden große Mengen

Stuttgart, 19. August. (Eigener Drahtbericht.)
In dem in Ulm erscheinenden „Röd-Blatt“ hat der sozialistisch geordnete Dreher eine unwahre Behauptung über den finanziellen Stand des Ulmer Konsumvereins aufgestellt. Der Konsumverein erwirkte gegen Dreher in dessen Betrieb als Verleger eine einstweilige Verfügung, durch die dieser die Weiterverbreitung der falschen Behauptungen unterdrückt wird. Außerdem wurde er zu den Kosten verurteilt. Aber Dreher noch der Nazi-Verlag haben Geld, so daß jetzt die Ränderung der Büromöbel geschritten werden mußte. Außerdem wird Dreher in der nächsten Zeit nach München in das Braune Haus übersiedeln.

Der Präsident der württembergischen Landesversicherungsanstalt, der württembergische Zentrumsgeordnete Andre, veröffentlicht folgende Erklärung: „Der NS-Kurier hat mich verärgert, ich habe übrigens eine mit nicht zustehende Urlaubsaufstellung Höhe von über 10 000 Mark von der Landesversicherungsanstalt Württemberg ausbezahlen lassen. Weiter erhält der Präsident eine Reihe von Vorwürfen gegen meine Geschäftsführung. Ich erkläre: Ich habe den Artikel des NS-Kurier dem Württembergischen Wirtschaftsministerium und Reichsversicherungsamt als den Aufsichtsrat der Landesversicherungsanstalt Stuttgart, zur Prüfung der in ihm gegen meine Person und meine Geschäftsführung enthaltenen Vorwürfe übergeben. Während des Laufes der Untersuchung, deren Ergebnis mit aller Ruhe entgegenzusehen ist, muß ich mich einer Abrechnung in der Öffentlichkeit enthalten.“

Die sozialdemokratische „Schwäbische Tagwacht“ ergibt aus dieser Erklärung, daß in der Landesversicherungsanstalt eine Nazi-Zelle existiert, zu deren Beauftragten Herr Andre durch seine Personalpolitik beigebracht habe.

Unter den Marschgesängen, mit denen die Nazihorden bei den Bürgerkriegsübungen durch das Land marschierten, befindet sich ein Lied, von dem eine Strophe lautet:
Wenn der Sturmsoldat zu Felde zieht,
Dann hat er frohen Mut!
Und wenn das Judentum vom Messer spricht,
Dann geht's noch mal so gut!

Gegen Mitglieder einer SA-Abteilung, die dieses Lied singlich bei einem Marsch durch Herrenberg bei Tübingen sangen, wurde Strafantrag gestellt. Nicht nur auf Grund § 130 des Strafgesetzbuchs, sondern vor allem auf Grund der Notverordnung stehen strenge Verurteilung geboten. Was tut das zuständige Tübinger Schöffengericht? Es ahm lediglich großen Unfug an und verhängte gegen einige Angeklagte Geldstrafen in Höhe von 15 Mark.

Nicht nur die Justiz versagt in Württemberg, auch die Verwaltungsbüroden, die dem Staatspräsidenten unterstellt sind, sind in der Wehr der nationalsozialistischen Ministerarbeit gegen den Staat im zurückhaltend, während sie mit Maßnahmen gegen andere Parteien nicht sparen. In dem um Stuttgart gelegenen Oberamtsbezirk Stuttgart-Umt sind in der letzten Zeit nachts Nachmärsche und Felddiensstübungen der Nazis statt, in denen es fast regelmäßig nicht nur zu nächtlichen Ruhestörungen, sondern auch zu Überfällen auf einzelne Republikaner bekannte Persönlichkeiten kam. Am tollsten war der Überfall einer sozialen Firma auf das Haus des Reichsverordnenden Moltenhoff in Echterdingen. In weiteren Überfällen, die sich an diesen Vorgang anschlossen, kamen Nationalsozialisten ohne Widerstand die Behauptung auf, daß ihre „Märsche“ vom Landratsamt Stuttgart-Umt in vorgeschriebener Weise genehmigt worden seien. Es ist nun kennzeichnend, daß diese Aufmärsche trotz der vor kommenden Hochzeiten und Zusammenstöße auch weiterhin in der Nacht zum Sonntag ungehindert stattfinden können. Dagegen hat das Landratsamt eine für Sonnabend abend nach Mitternacht einberufene öffentliche sozialdemokratische Versammlung in der Landtagspräsidial-Pflügerstraße abgesetzt, für die Sicherheit verboten. Liegt hier die Parteinahe zugunsten der Nazis offen zutage oder nicht?

Goebbels Mordheftblatt verboten

Ungehörte Verleumdungen des Reichsbanners
Der Berliner Polizeipräsident teilt mit: Die nationalsozialistische Tageszeitung „Der Angriff“ ist auf Grund des § 2 der Notverordnung des Herrn Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 17. bis 21. August einschließlich verboten worden. Das genannte Blatt hat am Donnerstag in sensationeller Form die Behauptung aufgestellt, daß Reichsbannerleute als Täter „in das Eisenbahntor von Jüterbog in Flammen“ stiegen. Diese Behauptung, die mit den polizeilichen Ermittlungen in der tatsächlichen Unterlage in keiner Weise übereinstimmt, stellt eine außer gewöhnliche Verleumdung dar, die eine erhebliche Gefährdung der Sicherheit und Ordnung als vorliegend erachtet werden muß. Aus diesem Grunde ist das erlaubte Verbot erfolgt. bemerkt sei noch, daß unter den sieben aufgelisteten Spuren, die jüngst in der Attentatsache Münster verfolgt werden, keine einzige vorhanden ist, die auch nur anwendungswise in der von „Angriff“ behaupteten Richtung liegt.

Die ungehörte Behauptung des Berliner Organs ist in der Form eines Briefes aufgestellt worden, der von einem Verband der Bahnhofspolizisten stammen soll. Dazu teilt die Reichsbahn mit, daß es einen Verband der Bahnhofspolizisten nicht gibt. Es ist nur bestätigt geworden, daß sie vor kurzer Zeit ein Verband der „Wehrwachtabteilungen des Deutschen Reichsbahn (DR)“ zur Wahrung der wirtschaftlichen Interessen gebildet hat. Diesem Verband hätten sie inzwischen nur wenige Prozent des 1700 Mann umfassenden Überwachungsdienstes angeschlossen. Die Reichsbahnverwaltung werde im übrigen sofort unterrichten, von wem die in der Presse gemeldete Verlautbarung ausgegangen sei und, ob Reichsbahnbeamte in Frage kommen, diese sofort zur Rechenschaft ziehen.

Die Bundesleitung des Reichsbanners erläutert: „Herr Goebbels nimmt zu der neuesten Nazi-Blatt in einer längeren Erklärung Stellung in der es u. a. heißt: „Die Vorwürfe des Reichsbanners sind so ungewöhnlich, daß sie jedes Urteil ausgenommen als

schwere Lüge und Verleumdung gelten müssen. Wenn sie das nationalsozialistische Blatt irgendwo in so schamloser Form veröffentlicht, so verfolgt es nicht offenbar den Zweck, die Münchensche Regierung zu bestimmen, daß sie möglichst auf die Münchensche Regierung aufmerksam machen darf, auf die sie nicht aufmerksam genommen werden darf, um die Münchensche Regierung, unternommen nicht die Amtseinführung des Reichsbanners. Einmal ist es nicht mehr die gegen das Reichsbanner erprobten Vorwürfe, mit allen Gewalt und erfüllt.“

1. Nach den Mitteilungen des Reichspräsidenten in Berlin ist unter den vielen Sachen, die mit dem Münchenschen Reichsbanner zusammenhangen, kein einziger Punkt gefunden, die nach einer Anwendungswise einen Zweck

haben kann. Die Behauptung einer systematischen Bewaffnung und von dem Bestehen einer Zentralstelle zur einheitlichen Waffenbeschaffung ist aus der Luft gefallen, wie auch die Behauptung von den hebstigsten Waffenbedarfshäfen bei der Reichswehr in das Reich der Fabel gehört. 2. Eine SA- und SS-Terrororganisation existiert nicht und hat auch nie existiert.“

Die Schulden und Bankrott-Wirtschaft der Nazis

220 000 Mark Schulden des Hannoverschen Naziblattes
Weitere Wechselseite der Nazis

Hannover, 20. August. (Eigener Drahtbericht.)
Das nationalsozialistische Organ im Hannover hat nach einer Mitteilung des sozialdemokratischen „Völkwille“ mindestens 220 000 Mark Schulden, denen fast keine Mittler gegenübertreten. Der gesamte Maschinenpark des Blattes ist mit Wechseln gelauft worden, wobei sich die Lieferfirmen das Eigentumrecht vorbehalten hat. Nahezu alle Firmen haben Wechsel des Blattes mit der Bewertung zurückgegeben haben, daß der Hannoversche Naziverlag nicht in dem Ausmaße zahlungsfähig zu sein.

Der „Völkwille“ meldet ferner, daß Prinz Alwin für eine Naziveranstaltung 250 Mark Medaillen und Honorar gefordert und erhalten habe und der Hauptmann Röhm zu dem gleichen Zweck in den Besitz von 150 Mark gelangt ist. Von den Einnahmen der betreffenden Versammlung soll der Münchener Zentralleitung als Abchlag für die ihr von der Hannoverschen Ortsgruppe geschuldeten 19 000 Mark ein Betrag von 2500 Mark überwiesen worden sein. An die Abdeckung der Schulden in Hannover, wo mehrere Schlächter schon seit Wochen für gelieferte Waren 4800 Mark zu beanspruchen haben, hat die Nazi-Leitung in Hannover bisher nicht gedacht.

Weitere Nazileiten

Frankfurt a. M., 21. August.
Die nationalsozialistischen Parteiorgane in Wiesbaden und Frankfurt a. M., die bis zum 18. August verboten waren, sind auch in den seither verlorenen acht Tagen nicht erschienen. — Dazu meldet die „Frankfurter Zeitung“ aus Wiesbaden, das dortige nationalsozialistische Zeitungsunternehmen, in dem die beiden Blätter, die „Rheinwach“ und das „Frankfurter Volksblatt“, erschienen, jetzt zusammengebrochen.

Gegen unrechtmäßige Magazinregelungen dissidentischer Lehrer

Ein Erlass des preußischen Unterrichtsministers

Der preußische Kultusminister hat dieser Tage, veranlaßt durch eine Fehlentscheidung der Regierung in Liegnitz, einen Erlass herausgegeben, nach dem festgestellte dissidente Lehrer nicht ohne ihr Einverständnis von einer Konfessionschule an eine Sammelklasse verlegt werden dürfen.

Die Regierung in Liegnitz hatte einen festangestellten Lehrer eröffnet, daß er als Dissident von der evangelischen Schule, an der er bisher tätig war, vertrieben und ihm bis dahin sofort der Unterricht an der evangelischen Schule in Deutsch und Geschichte entzogen werden müsse. Diese Maßnahme ist durch den Erlass des preußischen Kultusministers unwirksam geworden. Weder die Errichtung der lehrplanmäßigen Klassen noch die wständige Schulbehörde und nicht irgend ein Elternbund, der sich eine Kontrolle über ihn unangenehme Lehrer anmaßt.

„Verwendungszweck“ der Preußischen Staatsregierung

„Eine Ministerialabteilung für Reinemachefrauen“

Der Amtiliche Preußische Pressedienst schreibt: In den Tagen vor dem Volksentscheid ging durch eine große Reihe von rechtstreuenden Blättern eine offensichtlich aus einer Berliner Zentralstelle kommende Notiz, in der unter der Überschrift „Verwendbarer Wirtschaft der öffentlichen Hand“ verucht wurde, das heutige „System“ zu diskreditieren. Mit welcher Sachkenntnis und Sorgfalt diese polemische Notiz redigiert worden ist, geht schon aus der ersten Angabe hervor. Der Verfasser kennt nicht einmal die jedem Journalisten geläufigen Ziffern des preußischen Staatshaushalts, sondern gibt für 1919 und für 1930 Zahlenangaben, die in beiden Fällen um etwa zwei Drittel hinter der Wirklichkeit zurückbleiben und deren Zustandekommen, ziffernmäßig vollkommen unerklärt ist. Für das Niveau der gesamten Veröffentlichung aber spricht wohl eindeutig der folgende Absatz:

„Früher wurden im Preußischen Wohlfahrtsministerium die Reinemachefrauen nebenamtlich von einem Amtsrat betreut. Jetzt ist hierzu eine ganze Ministerialabteilung mit einem Ministerialdirektor an der Spitze erforderlich.“

Es braucht wohl nicht erst betont zu werden, daß diese Bemerkung blühender Unsinn ist, so blühend, daß der „gut unterrichtete“ Verfasser nicht einmal gemerkt hat, daß es früher — womit er immer die Zeit vor der Staatsumwandlung meint — gar kein Preußisches Wohlfahrtsministerium gegeben hat. Dieses Ministerium ist nämlich erst 1920 errichtet worden. Daß in ihm nicht ein Pfennig überflüssigerweise mehr für die „Betreuung“ der Reinemachefrauen ausgegeben wird, als in jedem anderen geordneten Betrieb, und daß dazu auch nicht im allerniedrigsten etwa eine neue „Abteilung“ nötig war, versteht sich für jeden vernünftigen Menschen von selbst. Dafür wird einem aber klar, aus welcher Quelle der Verfasser der gesamten Notiz seine Informationen und auch seine Ziffern bezogen hat!

Es ist auch nach dem Volksentscheid noch wichtig, an Hand der Beispiele solcher Notizen, die nicht etwa von unbedeutenden und kleinen Zeitungen, sondern von Blättern, die zu den größten ihres Bezirks gehören, kritisch wiedergegeben worden sind, zu zeigen, mit welchen Mitteln von interessanter Seite verucht worden ist, die Daseinsfähigkeit gegen die angeblich verschwenderische Preußische Staatsregierung aufzuteilen.

Die Nazibrüder prügeln sich gegenseitig

Chemnitz, 20. August. (Eigener Drahtbericht.)

In Chemnitz kam es am Mittwoch in vorgerückter Abendstunde zwischen Nationalsozialisten der Richtung Hitler zu einem blutigen Streit und der Richtung Hitler zu einem blutigen Zusammenstoß.

Die Strassenkriete hatten zu einer öffentlichen Versammlung aufgerufen. Eröffneten waren etwa zwanzig Personen. Kurz vor Beginn der Versammlung drangen 150 Nationalsozialisten der Richtung Hitler in den Saal, besetzten Fenster und Türen, so daß von den Anwesenden niemand den Saal verlassen konnte. Dann gingen die Hitlernazis zum Angriff vor. Mit Rufen wie: „Also nun Front Heil!“ und „Zeigt den Blüden, daß unsere Richtung richtig ist!“ begann ein Bombardement mit Biergläsern, Aschenbechern und Blumenvasen auf die Strassenkriete. Sämtliche Tische und Stühle des Saals wurden kurz und klein geschlagen. Die rasende Hitlermeute vergriff sich selbst an den wenigen anwesenden Frauen. Die Einberufer der Strassen-Versammlung wurden fast halb tot geschlagen. Als das Uebertal kommando erschien, flüchteten die Hitlernazis durch Türen und Fenster. Die Polizei nahm mehrere Personen fest.

Das erste Zeichen besserer Zeiten

ist die Verbilligung der Halpaus-Rarität.
Sie kostet bei gleicher Qualität nur noch



KONZERTHAUS GLORIA-PALAST

3 - 5 - 7 - 9 -

2. Woche!

Douaumont Die Hölle im Westen

Ein deutscher Tonfilm
von den Schlachtfeldern
Verduns

unter Mitwirkung ehemaliger
Erschütterer des Forts

Hauptmann Haupt
Leutnant Radtke

Volkstümliche Eintrittspreise!
Jugendliche halbe Preise!
Vorverk. ab 11 Uhr. Tel. 33557
Nur noch wenige Tage!

WELTBÜHNE

Wo. 6
End 8 1/2 Uhr
Friedrichstrasse 35

Die spannende Spionage-
Affäre der Weltgeschichte

Der Fall des Generalstabsoberst Redl

Großtonfilm mit
Lili Dagover

Der Sonderling

Lustige Komödie mit
Truis von Aulzen :: **Karl Valentin**

ASTORIAPALAST

Fürstenstrasse 32

Letzte
Vorst.
8 1/2 Uhr

Anny Ondra
in ihrem größten Tonjubspiel

Er u. seine Schwestern

Der Mönch von St. Bartholomä

Ein Schmuggler-Roman in 7 Akten

Die lustige Micky-Maus

Zentral

Wo. 6
So. 3 Uhr
Friedrichstrasse 50

Bei Donnerstag, den 27. August
Ist nicht zu bestreiten, was ein Kino für kleine Kinder
Felix Bressart, der größte deutsche Komiker
Lillian Harvey, das süßeste Mädel der Welt
Barry nadine, der Held aller Mädchenstranme
in dem Tonfilm-Lustspiel der Ufa:

Nie wieder Liebe

Ein Film, der die Augen entzündet, die Ohren
anschmeichelt und die Sorgen vergessen lässt
in Hauptrolle: Sigrid von der Heide

Der einsame Adler

Ein Film zur Ehrengang aller Flieger der Welt
8 Akte mit Oscar Marion

Bei der Ufa: Der große internationale Film-Festspiele

Sora & El Dolar

Datum: Dienstag 4.8. Leichte Vorstellung a. 14.

ATLANTIK

Großtheaterstrasse 74 Tel. 3888

Aufzug 5 ab 6.30 Uhr Letzte Vorstellung 9 Uhr

Zum Abschluß der alten Seiso Letzte 25.-Wochen

Mady Christians
in der reizenden Tostilla-Operette

Ichmanni warsi im casci bei dem Husar

mit George Alexander, Gustav Diessl

Datum: E. A. Dupont's Komödie-Drama

in Comedie-Voist, P. K. Körber, Richard Götze

14.-T. 1938. Auf der Bühne:

Paddy & Faldin

wie man die beliebten Wiener Kocher

3.15, 5.15, 7.15, 9.15

Telefon 58737

Der Film des großen Zensurkampfes

Minderjährige vor Gericht!

Ein krimineller Sexualbericht

Der große deutsche
Kriminal- und Sittenfilm
nach der Novelle

Die Sache August Schuler

In den Hauptrollen:

Herrm. Speilmann

Arbirt Mog

Ellen Schwannecke

Carla Bartheel

Paul Oth u. a.

Um 3.15 Uhr. Einheitspreis 1.-

Vorverkauf 11-1/2 Uhr.

Krank oder gesund.

Neue erfolgreiche Wege bei Rheumatismus, Ischias, Gicht, Verstopfung, Hämorhoiden, Schalllosigkeit, Nervenschwäche, Blutstockungen, Asthma, Herz-, Nieren-, Gallen- u. Leberleiden, Arterienverkalkung usw.

bespricht in seinem

VORTRAG

am Sonnabend, 22. August, abends 6.15 Uhr im Gesellschaftshaus Wratislavia, Mauritiusplatz 4, Dr. Heymann

Thema:

Der Tod sitzt im Darm

Keine Kräuter, keine Teeuren, keine Bestrahlung etc.

Eintritt frei!

Eintritt frei!

Jugendlichen ist der Zutritt verboten!

Salzbrunner Oberbrunnen

gegen

Asthma, Grippe, Katarrhe

Eine der vielen unangeforderten eingegangenen Anerkennungen

— Herr Sanitätsrat Dr. med. H. in B. schreibt: „Ich habe festgestellt, daß gerade der Oberbrunnen bei Herzerkrankungen mit Katarrhen beste Heilerfolge erzielt.“

Erhältlich in allen einschlägigen Geschäften

Großhandlung Oscar Gießer, Junkernstraße 13

Achtung Hausfrauen!

Freitag und Sonnabend

Ausnahme-Preise

nur in meinem neu eröffneten Fleisch- und Wurstgeschäft, Matthiastrasse Nr. 125

Prima Knoblauchwurst Pf. 60 Pt.

3 Paar Wiener Pf. 25 Pt.

Abgeschräfer Schopfbraten, mit Beilage . . . Pf. 80 Pt.

Köfteletten Pf. 1.00 Mk.

Prima junges Schmorfleisch, ohne Knochen, Pf. 1.00 Mk.

Weiteres siehe Auslage!

Felix Jacob, Matthiastrasse 125

Fleischermeister — früher Matthiastrasse 177

Circus Busch
Scha-Arena / Rd 291 35
Heute singen:
Sally — Eusebius
Pogromba — Favre
Sullivan — Costes
Kremm — Kley
Entscheidung:
Grenovic — Frank

Lieblich
Theater / Rd 50834
Paul Beckers ^{zweite} Berichte
Das große Los
Großer Vierfarben-Toll

Gefüllt schafft
weisse Zahne
Große Tube
nur 50 Pf.
de keine teuren Reklame-
bauten-Lichtreklame usw.
Herst-Möhren-Apotheke Bries

Billige Leppiche, buntement, ca.
250/350 19.75, 200/300 12.75
160/240 9.75, 180/280 4.75
Friedländer, Sonnenstr. 30

Birken-Schlafzimmer
Gelegenheitskauf
Komplett R.M. 785
sofort zu verkaufen

S. Brandt & Co.
Gartenstr. 63, L (Broadway)

Oskar Detmel
Berufskleidung
Büttner-Sport- u. Betriebs-Kleidung
Büttner-Sport- u. Betriebs-Kleidung
Oskar Detmel
Büttner-Sport- u. Betriebs-Kleidung
Neumarkt 45

Primus
PALAST-HUBENSTR. 10

Vom 21. bis 27. August
Täglich ab 4 1/2 Uhr
Letzte Vorstellung ab 8 1/2 Uhr
Eintrittspreise ab 60 Pf.
Erwachsenen halbe Preise

Hans Albers + Käthle Dorsch
im Tonfilm

Liebesroman von drei Tage Glück:

Drei Tage Liebe
Hans Albers

Bombenroll als ein ganzer Kerl, der das
Herz auf dem rechten Fleck hat.

Drei Tage Liebe
sind eine kleine Ewigkeit . . .

Drei Tage Liebe
sind eine wunderschöne Zeit . . .

Drei Tage Liebe
sind so wie eine Melodie . . .

Drei Tage Liebe,
ja, die vergißt man nie . . .

Ufa-Wochenschau

Durch die Wachau nach Wien

Richard Tauber — **1938**

Sensation-Albenreiter in 7 Akten

Adieu! — Doppeldeutig!

Samstag, nachm. 3 Uhr

Große Kinder-Vorstellung

30 und 30 Pf. (Sensation in Humor)

Die Feuerzangenbowle

am 27. August, 1938

ab 10 Uhr, 1. und 2. Vorstellung

ab 12 Uhr, 3. und 4. Vorstellung

ab 14 Uhr, 5. und 6. Vorstellung

ab 16 Uhr, 7. und 8. Vorstellung

ab 18 Uhr, 9. und 10. Vorstellung

ab 20 Uhr, 11. und 12. Vorstellung

ab 22 Uhr, 13. und 14. Vorstellung

ab 24 Uhr, 15. und 16. Vorstellung

ab 26 Uhr, 17. und 18. Vorstellung

ab 28 Uhr, 19. und 20. Vorstellung

ab 30 Uhr, 21. und 22. Vorstellung

ab 32 Uhr, 23. und 24. Vorstellung

ab 34 Uhr, 25. und 26. Vorstellung

ab 36 Uhr, 27. und 28. Vorstellung

ab 38 Uhr, 29. und 30. Vorstellung

ab 40 Uhr, 31. und 32. Vorstellung

ab 42 Uhr, 33. und 34. Vorstellung

ab 44 Uhr, 35. und 36. Vorstellung

ab 46 Uhr, 37. und 38. Vorstellung

ab 48 Uhr, 39. und 40. Vorstellung

ab 50 Uhr, 41. und 42. Vorstellung

ab 52 Uhr, 43. und 44. Vorstellung

ab 54 Uhr, 45. und 46. Vorstellung

ab 56 Uhr, 47. und 48. Vorstellung

ab 58 Uhr, 49. und 50. Vorstellung

ab 60 Uhr, 51. und 52. Vorstellung

ab 62 Uhr, 53. und 54. Vorstellung

ab 64 Uhr, 55. und 56. Vorstellung

ab 66 Uhr, 57. und 58. Vorstellung

ab 68 Uhr, 59. und 60. Vorstellung

ab 70 Uhr, 61. und 62. Vorstellung

ab 72 Uhr, 63. und 64. Vorstellung

Der Apotheker in der Kulturgeschichte

Wer in unserer Zeit eine Apotheke betritt, um Arzneien zu kaufen oder sich in chemischen Fragen einen Rat zu holen, den kennt die Atmosphäre eines uralten Standes mit deutlich spürbarer Eindringlichkeit. Vor zahllosen Schubben und blinklenden Schildern mit seltamer lateinischer Beschriftung stehend, erinnert dem Laien der amtierende Pharmazeut noch immer als der "Alchimist" der Gotik längst vom exakten chemischen Analystiker ab.

Dieses unbestimmte Gefühl mag eine gewisse Berechtigung haben, daß in der Tat der Drang, praktisch erforderlich vielseitige und künstliche Stoffe in den Dienst der menschlichen Mutter zu stellen, geblieben ist. Aber es ist dennoch unberechtigt, daß die Form, in der solches geschieht, im Laufe der Zeiten sich ablegend geändert hat. Zunächst und in der frühesten überlieferten Geschichte war der Apotheker oder besser Alchimist wohl Neuerer noch kaum den Geißlogenheiten der "alten Magier" oder "Zauberer" entwachsen, obwohl gleich hier festgestellt ist, daß diese Urwäter des Berufs keineswegs sich lediglich "Zauber" ergaben, sondern vielmehr schon manches Heiligtum der Natur kannten, das noch heute seiner Wirksamkeit fruchtig ist.

Aber schon die Klosterapotheke und Laboranten des 11. bis 12. Jahrhunderts wiesen ein durchaus ernstes, wenn auch noch primitives Gepräge auf. Diese ersten öffentlichen Apotheken aus Italien, wo die "Kunst", wunderbare Tiere und Mixturen zu brauen, bereits um diese Zeit ziemlich entwickelt war. Das Jahr 1240 erwähnt da als ersten des Thomas von Cantimpré, genannt Brabantinus, damals das erste Sammelwerk über die medizinische Verwendung der Stoffe des Tier-, Pflanzen- und Mineralreichs ausgab. Wenn auch noch nicht chemisch exakt formuliert, so doch, wie wir nachlesen können, im 12. Jahrhundert viele chemische Verbindungen entdeckt und in den Fachkreisen bekannt.

Wie unendlich früh in der Geschichte aber selbst die ausorganischen Stoffen bereiteten Heilmittel in der Praxis erkennen, beweisen die uns überlieferten Experimente des Theophrastus von Hohenheim, genannt Paracelsus, der 1531 bereits die Verwendung und Verwandlung mineralischer Stoffe in der Heilkunde lehrte. Paracelsus war es, der der Kräuterbehandlung drach und die Chemie als Kürzel in die Arzneikunde und die Arzneiwissenschaft einführte.

Chefredakteur" unter dem Straßenpöbel

Bei Baum süßt als Besessener die Straßenspassanten an und ruft vor der Polizei läuft werden

Wenn betrunkene Menschen ein Vergnügen daran finden, Besessenheit öffentlich zur Schau zu stellen und in solcher Fassung außerdem noch Straßenspassanten bestürzen und anziehen, so prägt der Volksmund sehr markante Bezeichnungen dieser Elemente. Im allgemeinen wird diese Gattung zum Alkohol, wobei es allerdings jedermann freisteht, sich in die Ziehung zu betätigen. Es gibt jedoch Menschen, die sich ihrer Stellungen im öffentlichen Leben unmöglich machen können, wenn sie sich in der eben gefestigten Weise blicken lassen.

Eine Chefredakteur einer Tageszeitung müßte sehr bald verhindern, fände er es besonders erstrebenswert, sich mit den Straßenspassanten beschäftigen.

Anders ist es bei den angeblichen "sittlichen Erneuerern" nach ihrer Meinung so besonders fortumpierten "heutigen Mensen". Denen bleibt Glanz und Würde, auch wenn sie sich den gesürchten Nachkommen brüder auf eine Stufe stellen. Ein Beispiel dafür ist der Chefredakteur der "Schlesischen Zeitung", des offiziellen Breslauer Naziblattes, der von einem ehemaligen Bundesgenossen, den jüngsten Stammesleuten, mehrfach als Alkoholvertilger von Format gekennzeichnet worden ist. Ein sehr harmlos gehaltener amtlicher Polizeibericht ergibt folgendes:

Großer Unzug. Am Montag, den 17. August, gegen 23 Uhr, trafen sich sechs Personen in leicht angetrunkenem Zustand in der Gartenstraße vor den Grundstücken 69/71 Straßenseitig. Das Überfallkommando wurde herbeigerufen und alle die Personalien der Täter fest. Es handelt sich um den 28-jährigen Schriftleiter Karl B. sowie vier andere Männer im Alter von 20 bis 35 Jahren. Sie werden sich wegen groben Unzugs zu verantworten haben. Durch diese Belästigung bildete sich eine Anzahl von etwa 200 bis 300 Personen, die sich die Polizei zerstreut wurde.

Erst auf eine Anfrage erhält man bei der Polizei die Begründung dafür, daß der Schriftleiter Karl B. eben befragter Herr ist.

Überfallkommandos müssen also ausrücken, um die Bürger den Belästigungen eines Chefredakteurs einer Zeitung zu entziehen. Dieser Widerspruch zwischen Gesinnung und Praxis ist auseinanderdrallend, daß auch der übelste Nachkommenvon ausreicht, diesen Gegenzug richtig zu kennzeichnen. Nach Auseinandersetzung mag das Verhalten des Herrn Bischwarz zwar "grober Unzug" sein, moralisch ist der Herr und sein Blatt jedoch gerichtet, in welcher Mensch soll die moralisierenden Taten einer Zeitung ernst nehmen, deren Chefredakteur sich so zu den Marionetten Straßenspöbels hingezogen fühlt, daß die Staatsgewalt mit Überfallkommandos gegen ihn einzutreten muß. Das müßte auch den eingesetzten Nazi zu denken geben.

Gewiß können die Nazis in ihrer Zeitung zum Chefredakteur, wenn sie wollen. Wenn sie aber trotz solcher Ereignisse "treu und stetig" stehen, dann bringen sie aber wenigstens zum Ausdruck, daß eine Partei des Höbels und der Nachkommenvon sein kann!

Gewerkschaftsführer als Laienprediger

Herr Jakob Kubus, Gauleiter bei den christlichen Gewerkschaften, interessiert sich nicht etwa nur für das seelische Leben seiner Mitglieder, nicht nur für Lohns- und Tariffragen, sondern für die Folgegebungen, und was sonst noch in sein Fach schlägt, wenn er pflichtigt auch den Priestern und Kaplanen seiner Kirche Handwerk. Er fühlt sich als Siedlervertreter des Heiligen Geistes im Arbeiterviertel, nicht so sehr des heiligen Vaters von Rom, sondern desjenigen, der vor 40 Jahren die Enzyklika "Rerum Novarum" verfaßte. Um mindestens 40 Jahre ist also Jakob in der Welt zurück. Er enthüllt das in einem Artikel in der "Schlesischen Volkszeitung" über Katholische Gewerkschaften, christliche Gewerkschaften und Sozialismus. Gestern hat er früher den "kommunistischen Sozialismus" totgeschlagen, kommt diesmal der "unrechte" an die Reihe. Jakob Kubus verzerrt die Aussage, es sei unmöglich, gleichzeitig guter Sozialist und wiedlicher Sozialist zu sein.

Jakob, da läufst du dir! Hunderttausende von Katholiken fühlen sich als gute Sozialisten in unserer Partei. Und sie fühlen sich gar nicht als "Kerle", die sich von Jakob Kubus die christlichen Gewerkschaften zurückerobern ließen. Mit Unschuldigkeit ist es also nicht weit her. Deshalb besiegeln wir nur mit Dingen, die einem Gewerkschaftsführer zuließen. Heiliger Vater hat doch genug andere Stellvertreter.

Damit bekam der Stand des Apothekers ein völlig verändertes, geistiges Gesicht; aus dem Kräuterzammer wurde der wissenschaftliche Experimentalforscher. Von nun an führte in steiler Kurve der Entwicklungsgang unaufhaltlich aufwärts. Große Laboratorien, Arbeitsgemeinschaften und Fachblätter zu geistigem Austausch der Erfahrungen wurden gegründet, die über alle im Gegenjahr zum trocknen akademischen Bildungstrieb der Zeit ihr Hauptaugenmerk auf die Praxis legten. Ganze Apothekerdynastien entstanden, die im Austausch ihrer Mitglieder einen lebendigen wissenschaftlichen Kulturaustausch zwischen den Nationen darstellten. Deutscherseits sind hier die Marggrafs und Rosés in Berlin, die Buchholzens in Erfurt und Weimar, die Buchners in München und die Gelius in Tübingen zu nennen. In Frankreich waren es die Geoffrons, die Lemerys und Cadets; in Schweden G. Berzelius.

Waren es im Mittelalter Italiener, die uns die Lehren der Alchemie brachten, so sind es später in Schweden und Russland, Frankreich und vor allen Dingen in neuerer Zeit Amerika deutsche Apotheker gewesen, die die Heilmittelkunde dieser Länder durch ihr Wissen bereichert und grundlegend beeinflußten. Es ist ja bekannt, daß deutsche Medizinalchemikalien in der Welt einen bedeutenden Ruf haben. Lediglich die Entwicklung des Morphiums durch den deutschen Apotheker Sittner und die der Saliziate durch den schwedischen Apotheker Scheele mag hier erwähnt sein. Wo auch immer in Krankenhäusern und Lazaretten der Kriegsschauplätze der ganzen Welt Chemikalien zu Heilzwecken zur Anwendung gelangen, werden es deutsche Fabrikate sein, die bevorzugt werden, die besonders gesucht sind. Das alles ist experimentell in den Grundzügen das Werk des deutschen Apothekers, der, Wissenschaftler und Praktiker zugleich, wohl den größten Prozenttag an chemischen Stoffen erlangt, die heute mit Erfolg im Gebrauch sind.

Ber heute eine deutsche Apotheke betritt, sehe in ihr die lezte Folge einer rastlosen Arbeit um das Wohl der Menschheit. Anbeginn aller chemischen Versuche. Die deutsche Apotheke ist die Heilmutter der ganzen Welt, und die in ihr arbeiten, sind Gehilfen und Meister einer Idee, die das Gemeinwohl der ganzen Erde bedient. Der Alchimist ist über den Apotheker zum Forscher geworden, der einen bedeutenden Anteil an den ärztlichen Erfolgen der Vergangenheit wie der Gegenwart hat und auch in Zukunft das Leben aller verantwortungsbewußt zu schützen und zu begrenzen berufen ist.

Pfarrer Bornitz von St. Pauli

Ein beispielhafter Fall von Intoleranz

Aus Musikkreisen wird uns geschrieben:

Die Beerdigung des Musikers Schwanitz und das Verhalten des Pfarrers Bornitz von der evangelischen St. Pauli-Gemeinde.

Am 19. August, 11 Uhr vormittags, wurde unser Kollege Schwanitz zu Grabe getragen. Wir als Freunde wollten ihm die lezte Ehre geben und unter den Klängen: "Ich hat einen Kameraden" zu Grabe blasen (aus dem Orchester der Berufsmusiker 30 Bläser). Wir kamen aber nicht dazu. Der Pfarrer Bornitz verbot uns die lezte Ehre. Trotzdem mehrere Kollegen und ich Herrn Pfarrer Bornitz baten uns dies zu gestatten, wurde es uns verboten und Herr Bornitz sagte mit den Worten: "Hier hat nur Gott zu sagen, sonst keiner". Kollege Schwanitz fiel durch Freitod aus dem Leben. Sch., der älter Soldat war, den Feldzug mitgemacht hatte und vielen seiner gefallenen Kameraden den Vers: "Ich hab' einen Kameraden" geblossen hat, ihm wurde die Ehre von dem Pfarrer Bornitz versagt. Wieviel geht denn die Nächstenliebe der heiligen Kirche von St. Paulus? Bis zum Geldsäckel und dann ist es mit der Liebe aus. Wir wollten dann auf der Landstraße, die zwischen den beiden Friedhöfen liegt, eine Strophe blasen, auch dies wurde von dem Pfarrer Bornitz verboten. Herr Bornitz mußte sich Verschiedenes anhören, denn die Trauerversammlung war über das Verhalten des Herrn Pfarrer Bornitz sehr erregt. Als einige Trauerteilnehmer äußerten, daß auf das Verhalten des Pfarrers Bornitz wieder verschiedene Kirchenaustritte erfolgen würden, sagte Pfarrer Bornitz: "Tun Sie das". Diese Auflösung ist meines Erachtens sehr glaubwürdig, denn dem Pfarrer Bornitz wird es wohl einerlei sein, ob die Kirche besucht wird oder nicht — er bekommt doch kein Gehalt.

Als Christus am Kreuze hing, sprach er zu dem Mörder neben sich: "Auch du wirst mit mir im Paradiese sein." Dem Pfarrer Bornitz scheinen diese Worte nicht bekannt zu sein, sonst hätte er wohl anders — christlicher — gehandelt. Es erübrigtsich wohl mehr zu schreiben. Viele Leser dieser Zeilen werden aber danach handeln.

Auf Wiedersehen Herr Pfarrer Bornitz von der St. Paulus-Gemeinde.

Rechtsanwalt Dr. Stiller wegen Untreue verurteilt

Vor dem Erweiterten Schöffengericht Glaz hatte sich in zweitägiger Verhandlung der aus dem Millionenerbschaftsprozeß bekannte Rechtsanwalt Dr. Stiller-Breslau, früher in Glaz, wegen Untreue zu verantworten. Er sollte 2000 Mark Mandanten geld veruntreut haben. Dr. Stiller verteidigte sich damit, daß in seinem Büro Unerziehung herrschte und die Akten verlegt waren. Da noch Lösungsfähige Quittungen ausstanden, habe er ohne die Akten nicht zu zahlen vermocht. Der Betrag ist bezahlt und die Anlage erst später erhoben worden. Sie legt ihm zur Last, daß er zum Zahlungstermin nicht über die erforderlichen Mittel verfügte, was jedoch von dem Angeklagten und durch Zeugen ausgesagt widerlegt wurde. Bei den Gerichtssachen befanden sich Auszüge von Sparguthaben der Kinder Dr. Stillers, die über einen höheren Betrag lauteten. Da zwischen der Ehefrau und dem Angeklagten eine mündliche Abmachung getroffen war, das Geld nur in Notzeiten anzugreifen, stellte sich das Gericht auf den Standpunkt, daß er zurzeit der Fälligkeit der 2000 Mark nicht über einen solchen Betrag verfügen konnte. Dr. Stiller wurde zu drei Monaten Gefängnis mit dreijähriger Bewährungsfrist verurteilt. Der Angeklagte hat Berufung eingelegt.

Wieder einmal Rozia in Breslaus "Monte Carlo"

Obwohl die Anlagen am Christophorusplatz schon mehrfach von der Polizei gesäubert worden sind, finden sich die Glücksritter immer wieder auf den Bänken der Anlage zusammen und versuchen auf diesem Wege ihr Glück.

Gestern abend war der Spielbetrieb besonders groß und die Polizei unternahm deshalb erneut eine Razia, wobei zwanzig Personen wegen Glücksspiels festgenommen und ins Polizeipräsidium gebracht wurden. Sie hatten sich an dem sogenannten Lotterpiel beteiligt. Nach Feststellung der Personalien wurden sie wieder entlassen.

Abteilung Ohlauer Tor

Secours zum roten Abteilungskett

Montag nach Treiben Sonntag früh 8 Uhr

Selbstmordversuch auf dem Bahnhof

In der vergangenen Nacht wollte ein betrunkener 26jähriger Fleischergeselle im Hauptbahnhof Selbstmord verüben und sich Pulsadern mit einer Raspelklinge durchschneiden. Ein Polizeibeamter konnte die Tat verhindern und nahm den Mann zur Ausnüchterung in Schutzhaft.

Auch Luftschaukäfige werden gestohlen

Auf einem Nummernplatz in der Trebnitzer Straße betätigten sich in einer der letzten Nächte einige Diebe in recht eigenartiger Weise. Sie stahlten nämlich vier Käfige einer dort aufgestellten Luftschaukel von den Haltestangen los und verschwanden mit dieser weiß gestrichenen und gelb abgesetzten Beute.

Hafentlassung der Devisenschieber

In der Ermittlungssache gegen Segall und Genossen wegen Devisenschieberungen hat Bankier Dr. Lemberger-Wien die Sicherheit in Höhe von 15 000 Mark geleistet und ist bereits aus der Untersuchungshaft entlassen worden. Außerdem hat die Staatsanwaltschaft von sich aus den Antrag gestellt, den mitbeschuldigten Leopold Breslau aus der Untersuchungshaft zu entlassen. Die Entlassung ist bereits erfolgt. In Untersuchungshaft befindet sich nur noch Segall aus Wien, doch auch die gesuchte Sicherheit von 5000 Mark dürfte für ihn in den nächsten Tagen geleistet werden.

Doch ein Todesopfer

der Unglücksfahrt der Breslauer Arbeitssportler

Im Krankenstift in Scheide bei Glaz ist in der Nacht zu Donnerstag die 25jährige Schneiderin Erna Herrmann aus Breslau, Schulzenwiese 10, an den Folgen des bei der verunglückten Lastwagenfahrt ins Heuscheuergebirge erlittenen Schädelbruches gestorben.

Die Verunglückte war bewußtlos in das Krankenstift eingeliefert worden und hat das Bewußtsein nicht zurückgewonnen.

Abgabe von Sonntagsfahrtkarten auf dem Bahnsteig Ramenz

Wie uns der Schlesische Verkehrsverband mitteilt, werden die in Ramenz ausliegenden Sonntagsfahrtkarten auch auf dem Bahnsteig 2 (Hauptverkehrs-Bahnsteig) des Bahnhofs Ramenz ausgegeben, so daß es dadurch möglich wird. An solchen Sonntagsfahrtkarten an die nach Ramenz gültigen Karten zu kaufen, ohne durch die Sperrzeiten gehen zu müssen. Es empfiehlt sich, von dieser verkehrsbedrohenden Gelegenheit reizregen Gebrauch zu machen.

Wenn das Wasser abgesperrt wird

Man sollte meinen, daß der Hauswirt oder sein Vertreter die Mieter informieren müßte, wenn aus irgend einem Grunde das Wasser abgesperrt werden muß. Anders hält es Herr Friedrich Schärfenberg, Bohrauer Straße 45a, der eine Reparatur an der Wasserleitung ausführte. Das Wasser war über eine halbe Stunde abgesperrt, gerade in einer Zeit, wo man es im Haushalt nötig braucht. Mitgefeiert wurde davon den Mieter nichts. Auf Beiprovocieren antwortete Herr Schärfenberg mit Großheiten und Beleidigungen. Er ist der Sohn der Beijererin, die nicht im Hause wohnt, ein junger rechtgerichteter Herr, der die lummelhaftesten Redensarten mit großem Schnid herauszuschmettern weiß. Im Dritten Reich weiß er Bescheid, aber von den einfachsten Dingen des Lebens hat er keine Ahnung.

Ausstellungen im Schlesischen Museum für Kunstgewerbe und Altertümer

Wieder bietet Professor Heger eine reiche Folge von Aquarien, nachdem er im vorigen Jahre "Die schöne schlesische Stadt" vorher schon "Bildstöcke aus Schlesien", ferner malerische Ansichten aus "Alt-Breslau" und "Alt-Hilbersheim" gezeigt hatte. Diesmal ist er nach dem Böhmerwald gegangen und hat vor allem eine ganz ausgezeichnete Abbildung von Bzach mitgebracht, einer durch ihr Salzmonopol in früherer Zeit reich gewordenen Stadt, die nach heutiger Aquarien in baufünstlerischer Hinsicht eine wahre Fundgrube zu sein scheint. Wir sehen die alte Lateinschule, die wahrscheinlich von dem Reformator Hus besucht worden ist, als Lehrer ist er später bestimmt dort tätig gewesen. Das Hus-Haus in Bzach zeichnet sich durch Kupferplättchen und durch Fresken aus, wie überhaupt eine bunte Buntheit über die Stadt ausgegossen ist, die man sicherlich nicht nur dem farbenfrohen Zuge des Künstlers, der die Aquarien geschaffen hat, wird zu schreiben müssen. Die mächtig aufragende Kirche erinnert an die Wehrkirchen im Burgenland, ein wehrhaftes Doppelstor gibt Runde von der befestigten Ummauerung der Stadt Laubenhäuser reihen Bzach den Städten an, die das charakteristische Merkmal der Laube dieses und jenseits der Subeten in Böhmen, Mähren und Schlesien aufweisen. Bauernhäuser in den Vorstädten erhöhen den Reiz der ganzen Stadtansicht, die heutige so lebendig macht und die zum Studium von landwirtschaftlicher Besonderheit und Stammeseigenart anregt. Auch aus Krumau in Böhmen sind einige Blätter dabei.

Auf ein reges Interesse wird sicherlich auch die zweite Ausstellung, die gleichzeitig im Kunstgewerbemuseum hergerichtet ist, folgen. Die Schau ist der Menschen bleibt sich zu allen Zeiten gleich und wenn wir uns heute vom Film gezeigt zu fremden Städten und Ländern entführen lassen, so erfüllt diese Aufgabe früher der Geschäftsmann, ehe das "Panorama", das schon das Stereoscop benutzte, aufkam. Der Geschäftsmann spielte im 17. und 18. Jahrhundert eine große Rolle und Bilder dafür wurden in einer ausgedehnten Industrie hergestellt, deren Hauptort in Augsburg war. Es waren Stücke, die farblich und hellfarbig waren, dann aber auch ausgeschnitten und mit bunten durchsichtigen Papieren hinterklebt, so daß die Ansichten, die das Bunte und Wundersame betonten, noch phantastisch wurden. Neben den Bildern von berühmten Städten und Bauten mit ihrem Leben und Treiben, ja vielleicht als Hauptzweck, wurden absonderliche Begebenheiten, die Moritaten, im Bilde gern gezeigt und es stellte sich die Bindung zum Bühnenspiel her. Aus einer schlesischen Sammlung, die über 1200 Blatt Gustav Kuhfuss umfasst, sind besondere Blätter ausgewählt. Von deutschen Städten sieht man u. a. Rüthen, Augsburg, Berlin mit dem alten Dom, das Rathaus in Halle, Göttingen mit seinem Studentenleben, aber auch ein Landschaftsbild wie den Königstein in der Sächsischen Schweiz. Von London wird der Tower gezeigt, von Warschau ein Vergrößerungsplatz mit Berg- und Talbahn, Rundlauf ganz wie heute. Sehenswürdigkeiten sind besonders beliebt, zur Charakterisierung indischer Bauten dienen Kuppeln, die eher Renaissanceähnlich anmuten. Die Stücke wurden unzählige Male nachgedruckt mit kleinen Veränderungen, vor allem in der Staffage, allen gemeinsam ist eine künstlerisch bearbeitete Perspektive, die dann im Stereoscop effektiv wirkt. Ein Geschäft aus der Zeit um 1850 ist aufgekettet, in dem man sich den Vorhängen des Stereoscops selbst demonstriert kann, auch ein Brunn-Stereoscop aus der früheren guten Stunde und zu einem einfachen Handstereoscop liegen außerdem Bilder bereit, die freilich nicht künstlerisch bearbeitet werden können, sondern als heutige schul- und kulturgeographische Kuriosa, die mit im übrigen ohne Überhöhung anzusehen werden, indem wir erkennen, wie vieles auch heute noch und gut beim alten geblieben ist.

Autobahnen Rimpfisch

Letzter Tag des Kartenaufkäufs Dienstag, den 25. August. Genossen, besorgt euch recht schnell noch die Karten. Die Rimpfischen Genossen warten auf euch. Karten sind zum Preise von 1,20 Mark zu haben in der Sportzentrale, Friedrich-Wilhelm-Straße, im Postbüro, Zimmer 170, und im Gartenhaus Hübner, Matthiasstraße 100. Abfahrt der Wagen von verschiedenen Plätzen.

Autobahnen ins Riegele

Der Schlesische Verkehrsverband meist nochmals auf die Sonntag, den 23. d. M. stattfindende besonders schöne Autobahnen über den Reichensteiner Bahnhof in das Riegelegebirge, wo das Naturschutzgebiet auf den Saalwiesen in schöner Bergwanderung beschichtigt wird. Abfahrt Breslau, Leubnitzplatz (Südweltseite), 7 Uhr. Fahrpreis hin und zurück 8,75 Mark. Karten im Hauptbüro des Schlesischen Verkehrsverbandes, Gartenstraße 98, werktags von 8-19 Uhr.

Städte-Autobahnen für den Sommer

Der Klein-Kraftdroschken-Verein schreibt uns: Für die in Breslau im Betrieb befindlichen 400 Kraftdroschen sind zur Zeit 42 Halteplätze genehmigt. Davon sind 22 mit Telefonanschlüssen versehen und auf die einzelnen Stadtviertel verteilt. Durch die vor längerer Zeit erfolgte Stadterweiterung haben sich bei Bestellung von Kraftdroschen Ueberstände herausgebildet, die in der überragig großen Vorortstrecke zu klagen führen. Obwohl die allgemeine Wirtschaftslage sich auch besonders empfindlich im Kraftdroschkenverkehr auswirkt, hat der Verein entgegenkommenweise vier weitere Halteplätze beantragt. Während drei davon bereits genehmigt worden sind, werden diese mit Telefonanschlüssen versehen. Um in erster Linie den Vorortbewohnern eine billigere Benützung der Kraftdroschen zu ermöglichen, wird der genehmigte Halteplatz am Ueberstrichweg, Ecke Bahnhofstraße und Gräbschener Straße, Ecke Kopischstraße an die Sammelnummer 381 71 angegeschlossen.

Der Verein glaubt dadurch einem vielgerüschten Wunsch Rechnung getragen zu haben. Im Verfolg dessen sei hingewiesen, daß die Telefenzentrale 381 71 über jede gewünschte Wagengruppe verfügt, die bei Bestellung möglichst anzugeben ist und jederzeit Vorbestellungen auch für längere Zeit entgegen nimmt.

Ein Richter, der nicht weiß, dass es im Deutschland keine Weise gibt, die gerne erbeiten möchten

Die Klage eines Hotelbieners des Nord-Hotels stand am Dienstag vor der Kammer des Herrn Universitätsrats Smejker auf Wiedereinführung statt. Diesem Hotelbieder ist gefürchtet worden, weil angeblich keine Arbeit vorhanden sei. Der Betriebsrat hat dem Einspruch stattgegeben, und zwar bezwege, weil in dem Betriebe die Hotelbieder noch mit über sechzig Stunden arbeiten und nicht einmal ihren geleglichen Ausgang haben.

Der Richter des Richters gab für die größte Mühe, dem Gericht klar zu machen, daß man doch nicht einen Menschen entlassen kann, wenn für ihn nach so viele Arbeitsstunden die Woche zu leisten sind. Man muß doch mindestens auf das Übergehn, die Arbeitszeit auf das gelegliche Maß herunterzubringen, und dann erst ist zu prüfen, ob nicht noch Möglichkeiten vorhanden sind, den Kläger im Wege zu halten.

Auch der Betriebsrat hat dem Unternehmer Vorhaltungen gemacht und verlangt, daß erst die Arbeitszeit zu füllen ist, ehe man jemanden und noch dazu einen, der zwölf Jahre im Betriebe ist, zu entlassen.

Hat das Gericht waren das alles keine Argumente, sondern es pries den Kläger mit seiner Klage ab, ja sogar in Zukunft die noch im Hotel verbliebenen übrigen Angestellten jetzt wahrscheinlich 75 Stunden werden arbeiten müssen.

Wein die Gerichte dazu da sind, das Heer der Arbeitslosen noch vergrößern zu helfen, anstatt dem Unternehmer zu sagen, erst die Arbeitszeit freien und dann entlassen, dann werden die Nachtmahnen der Regierung auf Einführung der 40-Stunden-Woche im Interesse der Arbeitslosen von ihren eigenen Beamten, denen in Frage kommenden Richtern, durchkreuzt und sabotiert.

Metallhüttenmännische Studienreise der Technischen Hochschule

In der Zeit vom 26. Juli bis 1. August befahlten die Metallhüttenleute der Technischen Hochschule Breslau, unter Leitung von Prof. Dr. Ing. Victor Tiefel eine größere Anzahl von Werken, die sich mit der Gewinnung oder Herstellungsmethode von Metallen befassen. Mit Rücksicht auf die schwierige Lage der Industrie und die Schwierigkeit der Geldbeschaffung machte die Erfurthia, die in ähnlicher Art in regelmäßigen Abständen von zwei Jahren erfolgt, sehr abgekürzt und auf eine verhältnismäßig geringe Anzahl nach leistungsfähiger Betriebe beschränkt werden. Den Beginn möchte das Automobil der Vereinigung Aluminiumwerke bei Hagnerswerda, wo die Herstellung von Aluminium und des dazugehörigen Ausgangsmaterials, der reinen Tonerde zu sehen ist. Der Weg führt dann nach Berlin und Oberspalde zur Besichtigung der Südhütte im Hennigsdorfer Revier bei der Deutschen Metallgesellschaft, der Bearbeitung von Kupfer, Kupferlegierungen und Aluminium bei Siemens-Schuckert und Hütte, Kupfer und Messingwerk. Von Oberspalde aus wurde nach ein Abstecher nach Löbau-Mönau gemacht, wo dort dem Erbgemeinderektor der Reichsstaatskanzlei der Verwaltung das Schiffshedemerk in seiner gegenwärtigen und zukünftigen Gestalt eingehend studiert werden konnte. Ein Besuch der Sorbisch-technischen Fisselerei in Hoyerswerda, wo die Herstellung von Aluminium und des dazugehörigen Ausgangsmaterials, der reinen Tonerde zu sehen ist. Der Weg führt dann nach Berlin und Oberspalde zur Besichtigung der Südhütte im Hennigsdorfer Revier bei der Deutschen Metallgesellschaft, der Bearbeitung von Kupfer, Kupferlegierungen und Aluminium bei Siemens-Schuckert und Hütte, Kupfer und Messingwerk. Von Oberspalde aus wurde nach ein Abstecher nach Löbau-Mönau gemacht, wo dort dem Erbgemeinderektor der Reichsstaatskanzlei der Verwaltung das Schiffshedemerk in seiner gegenwärtigen und zukünftigen Gestalt eingehend studiert werden konnte. Ein Besuch der Sorbisch-technischen Fisselerei in Hoyerswerda, wo die Herstellung von Aluminium und des dazugehörigen Ausgangsmaterials, der reinen Tonerde zu sehen ist. Der Weg führt dann nach Berlin und Oberspalde zur Besichtigung der Südhütte im Hennigsdorfer Revier bei der Deutschen Metallgesellschaft, der Bearbeitung von Kupfer, Kupferlegierungen und Aluminium bei Siemens-Schuckert und Hütte, Kupfer und Messingwerk. Von Oberspalde aus wurde nach ein Abstecher nach Löbau-Mönau gemacht, wo dort dem Erbgemeinderektor der Reichsstaatskanzlei der Verwaltung das Schiffshedemerk in seiner gegenwärtigen und zukünftigen Gestalt eingehend studiert werden konnte.

Besonderer Dank gebührt den Leitungen der beladenen Werke, nicht nur für Bereicherung der erforderlichen Kenntnis, sondern auch für die gewohnte Verpflegung und zum Teil auch Unterbringung. Eine viele freundliche und in der heutigen Zeit höchst ungewöhnliche Unterstützung wurde die Herstellung einer betonten Studienreihe bei den geringen Gehalts- und Erhaltungen der zur Verfügung stehenden Mitteln gewährt.

Studienreihe an der höheren Technischen Gesellschaft für 1929-1930

Die mit großem Erfolg in den vergangenen Jahren an der höheren Technischen Gesellschaft für Bau- und Eisenbahnwissenschaften für Bauingenieure und auch in höheren Wasserwirtschafts- und gesamten Hochschulen aufgenommenen und weitergeführt werden. Die Studienreihe ist zweckmäßig in Form für Bauingenieure und Bauingenieurwissenschaften am 12. Oktober 1929 (110 Mark) und am 19. März 1930. Das Studium der höheren Technischen Gesellschaften ist in zwei der höheren Technischen Gesellschaften für Bau- und Eisenbahnwissenschaften für Bauingenieure und auch in höheren Wasserwirtschafts- und gesamten Hochschulen aufgenommen und weitergeführt werden. Die Studienreihe ist zweckmäßig in Form für Bauingenieure und Bauingenieurwissenschaften am 12. Oktober 1929 (110 Mark) und am 19. März 1930.

Die mit großem Erfolg in den vergangenen Jahren an der höheren Technischen Gesellschaft für Bau- und Eisenbahnwissenschaften für Bauingenieure und auch in höheren Wasserwirtschafts- und gesamten Hochschulen aufgenommen und weitergeführt werden. Die Studienreihe ist zweckmäßig in Form für Bauingenieure und Bauingenieurwissenschaften am 12. Oktober 1929 (110 Mark) und am 19. März 1930.

Die mit großem Erfolg in den vergangenen Jahren an der höheren Technischen Gesellschaft für Bau- und Eisenbahnwissenschaften für Bauingenieure und auch in höheren Wasserwirtschafts- und gesamten Hochschulen aufgenommen und weitergeführt werden. Die Studienreihe ist zweckmäßig in Form für Bauingenieure und Bauingenieurwissenschaften am 12. Oktober 1929 (110 Mark) und am 19. März 1930.

Die mit großem Erfolg in den vergangenen Jahren an der höheren Technischen Gesellschaft für Bau- und Eisenbahnwissenschaften für Bauingenieure und auch in höheren Wasserwirtschafts- und gesamten Hochschulen aufgenommen und weitergeführt werden. Die Studienreihe ist zweckmäßig in Form für Bauingenieure und Bauingenieurwissenschaften am 12. Oktober 1929 (110 Mark) und am 19. März 1930.

Die mit großem Erfolg in den vergangenen Jahren an der höheren Technischen Gesellschaft für Bau- und Eisenbahnwissenschaften für Bauingenieure und auch in höheren Wasserwirtschafts- und gesamten Hochschulen aufgenommen und weitergeführt werden. Die Studienreihe ist zweckmäßig in Form für Bauingenieure und Bauingenieurwissenschaften am 12. Oktober 1929 (110 Mark) und am 19. März 1930.

Die mit großem Erfolg in den vergangenen Jahren an der höheren Technischen Gesellschaft für Bau- und Eisenbahnwissenschaften für Bauingenieure und auch in höheren Wasserwirtschafts- und gesamten Hochschulen aufgenommen und weitergeführt werden. Die Studienreihe ist zweckmäßig in Form für Bauingenieure und Bauingenieurwissenschaften am 12. Oktober 1929 (110 Mark) und am 19. März 1930.

Die mit großem Erfolg in den vergangenen Jahren an der höheren Technischen Gesellschaft für Bau- und Eisenbahnwissenschaften für Bauingenieure und auch in höheren Wasserwirtschafts- und gesamten Hochschulen aufgenommen und weitergeführt werden. Die Studienreihe ist zweckmäßig in Form für Bauingenieure und Bauingenieurwissenschaften am 12. Oktober 1929 (110 Mark) und am 19. März 1930.

Die mit großem Erfolg in den vergangenen Jahren an der höheren Technischen Gesellschaft für Bau- und Eisenbahnwissenschaften für Bauingenieure und auch in höheren Wasserwirtschafts- und gesamten Hochschulen aufgenommen und weitergeführt werden. Die Studienreihe ist zweckmäßig in Form für Bauingenieure und Bauingenieurwissenschaften am 12. Oktober 1929 (110 Mark) und am 19. März 1930.

Die mit großem Erfolg in den vergangenen Jahren an der höheren Technischen Gesellschaft für Bau- und Eisenbahnwissenschaften für Bauingenieure und auch in höheren Wasserwirtschafts- und gesamten Hochschulen aufgenommen und weitergeführt werden. Die Studienreihe ist zweckmäßig in Form für Bauingenieure und Bauingenieurwissenschaften am 12. Oktober 1929 (110 Mark) und am 19. März 1930.

Die mit großem Erfolg in den vergangenen Jahren an der höheren Technischen Gesellschaft für Bau- und Eisenbahnwissenschaften für Bauingenieure und auch in höheren Wasserwirtschafts- und gesamten Hochschulen aufgenommen und weitergeführt werden. Die Studienreihe ist zweckmäßig in Form für Bauingenieure und Bauingenieurwissenschaften am 12. Oktober 1929 (110 Mark) und am 19. März 1930.

Die mit großem Erfolg in den vergangenen Jahren an der höheren Technischen Gesellschaft für Bau- und Eisenbahnwissenschaften für Bauingenieure und auch in höheren Wasserwirtschafts- und gesamten Hochschulen aufgenommen und weitergeführt werden. Die Studienreihe ist zweckmäßig in Form für Bauingenieure und Bauingenieurwissenschaften am 12. Oktober 1929 (110 Mark) und am 19. März 1930.

Die mit großem Erfolg in den vergangenen Jahren an der höheren Technischen Gesellschaft für Bau- und Eisenbahnwissenschaften für Bauingenieure und auch in höheren Wasserwirtschafts- und gesamten Hochschulen aufgenommen und weitergeführt werden. Die Studienreihe ist zweckmäßig in Form für Bauingenieure und Bauingenieurwissenschaften am 12. Oktober 1929 (110 Mark) und am 19. März 1930.

Die mit großem Erfolg in den vergangenen Jahren an der höheren Technischen Gesellschaft für Bau- und Eisenbahnwissenschaften für Bauingenieure und auch in höheren Wasserwirtschafts- und gesamten Hochschulen aufgenommen und weitergeführt werden. Die Studienreihe ist zweckmäßig in Form für Bauingenieure und Bauingenieurwissenschaften am 12. Oktober 1929 (110 Mark) und am 19. März 1930.

Die mit großem Erfolg in den vergangenen Jahren an der höheren Technischen Gesellschaft für Bau- und Eisenbahnwissenschaften für Bauingenieure und auch in höheren Wasserwirtschafts- und gesamten Hochschulen aufgenommen und weitergeführt werden. Die Studienreihe ist zweckmäßig in Form für Bauingenieure und Bauingenieurwissenschaften am 12. Oktober 1929 (110 Mark) und am 19. März 1930.

Die mit großem Erfolg in den vergangenen Jahren an der höheren Technischen Gesellschaft für Bau- und Eisenbahnwissenschaften für Bauingenieure und auch in höheren Wasserwirtschafts- und gesamten Hochschulen aufgenommen und weitergeführt werden. Die Studienreihe ist zweckmäßig in Form für Bauingenieure und Bauingenieurwissenschaften am 12. Oktober 1929 (110 Mark) und am 19. März 1930.

Die mit großem Erfolg in den vergangenen Jahren an der höheren Technischen Gesellschaft für Bau- und Eisenbahnwissenschaften für Bauingenieure und auch in höheren Wasserwirtschafts- und gesamten Hochschulen aufgenommen und weitergeführt werden. Die Studienreihe ist zweckmäßig in Form für Bauingenieure und Bauingenieurwissenschaften am 12. Oktober 1929 (110 Mark) und am 19. März 1930.

Die mit großem Erfolg in den vergangenen Jahren an der höheren Technischen Gesellschaft für Bau- und Eisenbahnwissenschaften für Bauingenieure und auch in höheren Wasserwirtschafts- und gesamten Hochschulen aufgenommen und weitergeführt werden. Die Studienreihe ist zweckmäßig in Form für Bauingenieure und Bauingenieurwissenschaften am 12. Oktober 1929 (110 Mark) und am 19. März 1930.

Die mit großem Erfolg in den vergangenen Jahren an der höheren Technischen Gesellschaft für Bau- und Eisenbahnwissenschaften für Bauingenieure und auch in höheren Wasserwirtschafts- und gesamten Hochschulen aufgenommen und weitergeführt werden. Die Studienreihe ist zweckmäßig in Form für Bauingenieure und Bauingenieurwissenschaften am 12. Oktober 1929 (110 Mark) und am 19. März 1930.

Die mit großem Erfolg in den vergangenen Jahren an der höheren Technischen Gesellschaft für Bau- und Eisenbahnwissenschaften für Bauingenieure und auch in höheren Wasserwirtschafts- und gesamten Hochschulen aufgenommen und weitergeführt werden. Die Studienreihe ist zweckmäßig in Form für Bauingenieure und Bauingenieurwissenschaften am 12. Oktober 1929 (110 Mark) und am 19. März 1930.

Die mit großem Erfolg in den vergangenen Jahren an der höheren Technischen Gesellschaft für Bau- und Eisenbahnwissenschaften für Bauingenieure und auch in höheren Wasserwirtschafts- und gesamten Hochschulen aufgenommen und weitergeführt werden. Die Studienreihe ist zweckmäßig in Form für Bauingenieure und Bauingenieurwissenschaften am 12. Oktober 1929 (110 Mark) und am 19. März 1930.

Die mit großem Erfolg in den vergangenen Jahren an der höheren Technischen Gesellschaft für Bau- und Eisenbahnwissenschaften für Bauingenieure und auch in höheren Wasserwirtschafts- und gesamten Hochschulen aufgenommen und weitergeführt werden. Die Studienreihe ist zweckmäßig in Form für Bauingenieure und Bauingenieurwissenschaften am 12. Oktober 1929 (110 Mark) und am 19. März 1930.

Die mit großem Erfolg in den vergangenen Jahren an der höheren Technischen Gesellschaft für Bau- und Eisenbahnwissenschaften für Bauingenieure und auch in höheren Wasserwirtschafts- und gesamten Hochschulen aufgenommen und weitergeführt werden. Die Studienreihe ist zweckmäßig in Form für Bauingenieure und Bauingenieurwissenschaften am 12. Oktober 1929 (110 Mark) und am 19. März 1930.

Die mit großem Erfolg in den vergangenen Jahren an der höheren Technischen Gesellschaft für Bau- und Eisenbahnwissenschaften für Bauingenieure und auch in höheren Wasserwirtschafts- und gesamten Hochschulen aufgenommen und weitergeführt werden. Die Studienreihe ist zweckmäßig in Form für Bauingenieure und Bauingenieurwissenschaften am 12. Oktober 1929 (110 Mark) und am 19. März 1930.

Die mit großem Erfolg in den vergangenen Jahren an der höheren Technischen Gesellschaft für Bau- und Eisenbahnwissenschaften für Bauingenieure und auch in höheren Wasserwirtschafts- und gesamten Hochschulen aufgenommen und weitergeführt werden. Die Studienreihe ist zweckmäßig in Form für Bauingenieure und Bauingenieurwissenschaften am 12. Oktober 1929 (110 Mark) und am 19. März 1930.

Die mit großem Erfolg in den vergangenen Jahren an der höheren Technischen Gesellschaft für Bau- und Eisenbahnwissenschaften für Bauingenieure und auch in höheren Wasserwirtschafts- und gesamten Hochschulen aufgenommen und weitergeführt werden. Die Studienreihe ist zweckmäßig in Form für Bauingenieure und Bauingenieurwissenschaften am 12. Oktober 1929 (110 Mark) und am 19. März 1930.

Die mit großem Erfolg in den vergangenen Jahren an der höheren Technischen Gesellschaft für Bau- und Eisenbahnwissenschaften für Bauingenieure und auch in höheren Wasserwirtschafts- und gesamten Hochschulen aufgenommen und weitergeführt werden. Die Studienreihe ist zweckmäßig in Form für Bauingenieure und Bauingenieurwissenschaften am 12. Oktober 1929 (110 Mark) und am 19. März 1930.

Die mit großem Erfolg in den vergangenen Jahren an der höheren Technischen Gesellschaft für Bau- und Eisenbahnwissenschaften für Bauingenieure und auch in höheren Wasserwirtschafts- und gesamten Hochschulen aufgenommen und weitergeführt werden. Die Studienreihe ist zweckmäßig in Form für Bauingenieure und Bauingenieurwissenschaften am 12. Oktober 1929 (110 Mark) und am 19. März 1930.

Die mit großem Erfolg in den vergangenen Jahren an der höheren Technischen Gesellschaft für Bau- und Eisenbahnwissenschaften für Bauingenieure und auch in höheren Wasserwirtschafts- und gesamten Hochschulen aufgenommen und weitergeführt werden. Die Studienreihe ist zweckmäßig in Form für Bauingenieure und Bauingenieurwissenschaften am 12. Oktober 1929 (110 Mark) und am 19. März 1930.

Die mit großem Erfolg in den vergangenen Jahren an der höheren Technischen Gesellschaft für Bau- und Eisenbahnwissenschaften für Bauingenieure und auch in höheren Wasserwirtschafts- und gesamten Hochschulen aufgenommen und weitergeführt werden. Die Studienreihe ist zweckmäßig in Form für Bauingenieure und Bauingenieurwissenschaften am 12. Oktober 1929 (110 Mark) und am 19. März 1930.

Die mit großem Erfolg in den vergangenen Jahren an der höheren Technischen Gesellschaft für Bau- und Eisenbahnwissenschaften für Bauingenieure und auch in höheren Wasserwirtschafts- und gesamten Hochschulen aufgenommen und weitergeführt werden. Die Studienreihe ist zweckmäßig in Form für Bauingenieure und Bauingenieurwissenschaften am 12. Oktober 1929 (110 Mark) und am 19. März 1930.

Die mit großem Erfolg in den vergangenen Jahren an der höheren Technischen Gesellschaft für Bau- und Eisenbahnwissenschaften für Bauingenieure und auch in höheren Wasserwirtschafts- und gesamten Hochschulen aufgenommen und weitergeführt werden. Die Studienreihe ist zweckmäßig in Form für Bauingenieure und Bauingenieurwissenschaften am 12. Oktober 1929 (110 Mark) und am 19. März 1930.

Die mit großem Erfolg in den vergangenen Jahren an der höheren Technischen Gesellschaft für Bau- und Eisenbahnwissenschaften für Bauingenieure und auch in höheren Wasserwirtschafts- und gesamten Hochschulen aufgenommen und weitergeführt werden. Die Studienreihe ist zweckmäßig in Form für Bauingenieure und Bauingenieurwissenschaften am 12. Oktober 1929 (110 Mark) und am 19. März 1930.

Die mit großem Erfolg in den vergangenen Jahren an der höheren Technischen Gesellschaft für Bau- und Eisenbahnwissenschaften für Bauingenieure und auch in höheren Wasserwirtschafts- und gesamten Hochschulen aufgenommen und weitergeführt werden. Die Studienreihe ist zweckmäßig in Form für Bauingenieure und Bauingenieurwissenschaften am 12. Oktober 1929 (110 Mark) und am 19. März 1930.

Die mit großem Erfolg in den vergangenen Jahren an der höheren Technischen Gesellschaft für Bau- und Eisenbahnwissenschaften für Bauingenieure und auch in höheren Wasserwirtschafts- und gesamten Hochschulen aufgenommen und weitergeführt werden. Die Studienreihe ist zweckmäßig in Form für Bauingenieure und Bauingenieurwissenschaften am 12. Oktober 1929 (110 Mark) und am 19. März 1930.

Die mit großem Erfolg in den vergangenen Jahren an der höheren Technischen Gesellschaft für Bau- und Eisenbahnwissenschaften für Bauingenieure und auch in

Baldenburger Stadthaushalt abgeändert Zehnbetrag durch Ausgabenentzug und Heranziehung von Betriebs- zuschlägen beseitigt — Steuerentzug durch Osthilfezuschüsse

Die Baldenburger Stadtverordnetenversammlung hatte im April den Etat mit einem Fehlbetrag von rund 262 000 Mark, der in mehrjährigen Raten abgedeckt werden sollte, verabschiedet. Damit war aber die Regierung zu Breslau nicht einverstanden, sie forderte den vollen Ausgleich des Etats, entweder durch Erhöhung der Grundvermögens- und der Bürgersteuer oder durch entsprechende Entfernung der Ausgaben, und machte von dieser Art der Balanzierung des Etats die Gewährung von Zuschüssen nach dem Realsteuerentzugsgebot und der Osthilfe abhängig. Aus dem Realsteuerentzugsgebot hat die Stadt 276 540 Mark und aus dem Osthilfegesetz 111 707 Mark zu erwarten. Diese Beiträge konnten die städtischen Körperschaften natürlich nicht aus Spielen jagen, andererseits jedoch bedeutete die Etat-ausgleichung nach den Vorschlägen der Regierung durch Steuererhöhung ein Hinausschleppen der Zuschläge zur Bürgersteuer und zur Grundvermögenssteuer auf 500 Prozent. Vom Magistrat war deshalb stattdessen eine Ausgabenentzug vorgenommen worden, die den Fehlbetrag ausmacht, so dass der Gesamtbetrag nunmehr mit 11 129 579 Mark abschließt. Durch Betriebszuschläge der Abrechnungen für die gewerblichen Betriebe und von Rüdlagen wurde — rechnerisch — eine Mehreinnahme von 179 500 Mark ermittelt, denen an Ausgabenentzügen und Ausfall an Einnahmen bei der Wohlfahrtspflege von fast 400 000 Mark gegenüberstehen.

Bei der Hauptverwaltung waren die Ausgaben um 83 812 Mark gesenkt worden, so dass sich der Zuschuss von 738 700 auf 654 588 Mark erhöht. Die Haupt einsparung ist hier auf die durch Notverordnung vorgebrachte Aufzehrung der Löhne und Gehälter und Pensionen usw. zurückzuführen. Beim Stadtbauamt hat man 25 700 Mark gestrichen, was leider zur Ausziehung einiger geplanter Strafanarbeiten führt. Der Zuschuss bei diesem Etat beträgt nur noch 316 460 Mark. Die Streichung noch vermeidbarer Ausgaben für das Wasserwerk und eine nicht erwartete Mehr-

einnahme von 65 000 Mark haben den Überschuss des Wasserwerkes auf 650 000 Mark (vorher 475 000 Mark) erhöht. Aus den anderen gewerblichen Betrieben werden weitere 4500 Mark herausgeholt. Der Schuletat erfährt eine Kürzung um insgesamt rund 57 000 Mark, die sich auf alle Arten verteilt, der Etat des Gesundheitsamtes um 11 800 Mark und der der Grundstückswirtschaft um fast 40 000 Mark. Beim Wohlfahrtsrat sind keine Ausgabenentzüge vorgenommen worden. Leider ist aber eine erwartete Beihilfe aus einem Fonds um 100 000 Mark niedriger, so dass sich die Einnahmen um den Betrag verringern und der Zuschuss sich auf 627 000 Mark erhöht.

Durch die Mehreinnahmen und Einsparungen ist so der Fehlbetrag von 222 175 Mark gedeckt und der Gesamtbetrag balanziert mit 11 129 579 Mark. Auf diese Weise wurde auch der Anspruch auf die Zuschüsse geschwächt und die Steuerentzug aus der Osthilfe ermöglicht. Gelenkt wurden die Grundvermögenssteuer für land- und forstwirtschaftlich sowie gärtnerisch genutzte Grundstücke von 350 auf 244 Prozent; die Gewerbesteuer vom Ertrag von 700 auf 504 Prozent; die Gewerbesteuer vom Ertrag für Filialbetriebe von 840 auf 604 Prozent und die Gewerbesteuer vom Kapital (Filialbetriebssteuer) von 3480 auf 2565 Prozent.

Die Stadtverordnetenversammlung genehmigte den abgeänderten Etat und erteilte dem Magistrat die ermächtigung zu Ausgleichsmaßnahmen innerhalb des Gesamtbetrag im Laufe des Geschäftsjahrs. Angesichts der Zwangslage, die Zuschüsse aus Spiel zu legen und den Etat nicht genehmigt zu bekommen, mussten die Sozialdemokraten dieser Regelung, trotz mancher bedenklicher in ihr enthaltener Maßnahmen, zustimmen, während Kommunisten und Nazis munter Opposition betrieben und sich um das Ergebnis der Beratungen für die Wohlfahrtsunterstützungssänger nicht scherten.

Dr. Simons tritt sein Amt an

Gestern traf der preußische Innenminister Severing zur Einführung des neuen Regierungspräsidenten Dr. Simons in Breslau ein. Auf dem Bahnhofs-Vorplatz wurde er durch eine Abteilung Reichsbanner empfangen. Severing dankte für den Empfang, wies in der Ansprache darauf hin, dass die bevorstehenden Monate für das deutsche Volk überaus schwer sein würden und brachte ein dreifaches Hoch auf die Republik aus.

Severing und Oberpräsident Lüdemann-Breslau bedankten sich dann in das Siegnitzer Schloss, wo um 12 Uhr im goldenen Saal die Einführung des neuen Regierungspräsidenten Dr. Simons erfolgte, über die folgender amtlicher Bericht — die Presse war nicht zugelassen — vorliegt.

Innenminister Severing

Er sprach zunächst dem Amtsvoigänger, jetzigen Oberbürgermeister Dr. Poeschel, den Dank und die Anerkennung der Staatsregierung für seine wertvollen Dienste aus. Der Besuch in der Person des Regierungspräsidenten habe in der Offenheitlichkeit zu gehabten, nicht immer zutreffenden Erförderungen Unbehagen gegeben, so habe man in einem Teil der Presse wörrlich gebracht, dass die preußische Staatsregierung Dr. Poeschel „abgehalstet“ habe. Der Minister wies diese Ausschüttung unter Darlegung der tatsächlichen Sorge mit aller Entschiedenheit zurück. Für den neuen Regierungspräsidenten sei es eine schöne Aufgabe, sich das allseitige Vertrauen erst erringen zu müssen, und zwar auch das Vertrauen dexter, die heute an keiner Weltanschauung und politischen Herkunft Anstoß nehmen. Der Minister verweis auf Lessing, den

großen Träger des Toleranzgedankens, dessen Gedanken kürzlich gefeiert worden sei. Dr. Simons habe bereits den Beweis erbracht, dass er etwas zu leisten vermöge und dass es ihm verhältnismäßig leicht werden könne, das für diesen Bezirk so notwendige Vertrauen zu erringen. Der Minister wies sowohl auf die sich aus dem Treuerhaltnis zum Staat ergebenden Pflichten der Beamten hin und schloss mit dem Bergmannsgruß seiner Heimat: „Glück auf“ für den neuen Regierungspräsidenten.

Darauf ergriff

Regierungspräsident Dr. Simons

das Wort und dankte zunächst dem Minister für das Vertrauen, dass die Staatsregierung ihm durch diese Vertrautung erwiesen habe. Es gebe für ihn nichts Schöneres, als mitzuhelfen, dass die Verwaltung und die Beamten ihre große Pflicht erfüllen, die Pflicht des Ausgleichs, der Wilderung und der Hilfe. Diese große Pflicht könne die Verwaltung in Notzeiten wie jetzt nur erfüllen, wenn sie beruhe auf der demokratischen Grundlage und wenn sie getragen sei von den jugendlichen Beamten, die nicht der Verwaltung die Zusammensetzung geben. Er sehe es als seine Aufgabe an, geäußerte Vorurteile zu beseitigen und seine Freiheit keine Vorurteile daraus herzuleiten, keinen Vorurteil zu nehmen, diesem Bezirk möglich zu sein, mit dem er durch Abstimmung verbunden sei und dem er sich mit vollem Einsatz seiner Persönlichkeit widmen wolle.

Zum Schluss wandte sich der Regierungspräsident an die Beamten und bat sie um ihre vertrauliche Mitarbeit, sowie auch er sich rücksichtslos und voll Vertrauen ihrer Beratung unterstellt. Alsbald wurden die Beamten, Angestellten und Arbeiter der Regierung dem neuen Regierungspräsidenten vorgestellt.

Politische Nachrichten

Franzen wird Rechtsanwalt

Der Ex-Naziminister Franzen beabsichtigte, sich in Kiel als Rechtsanwalt niederzulassen. Einen entsprechenden Antrag an die preußischen Amtesstellen hat er bereits gestellt. Vor dem 15. September, dem Zusammentritt des Braunschweigischen Landtages und der Wahl seines Nachfolgers wird Franzen Braunschweig jedoch nicht verlassen.

Die Landkreise zur Krise

Finanznot trug Sparbank

In einer gemeinschaftlichen Vorstandssitzung des Deutschen und des preußischen Landesrates bestätigte der Präsident Dr. v. Stempel über die Lage der Landkreise infolge der gegenwärtigen Krise. Der Präsident des Deutschen Sparfassens und Giroverbandes, Dr. Kleiner, ergänzte diese Ausführungen nach der Seite des Kommunalverbandes. Beide Redner hoffen hervor, dass die bisherige Hilfe des Reichs und der Länder gegenüber den Erwerbslosenlasten der ländlichen Bezirksfürsorgeverbände ungenügend gewesen sei. Obwohl der Bevölkerung bisher schon kaum vertretbare Einschränkungen der freiwilligen kommunalen Ausgaben sozialer, wirtschaftlicher und kultureller Art zugemutet werden mussten, sei nicht nur ein noch weiterer Abbau dieser Ausgaben unvermeidlich, sondern es würden auch bei den Landkreisen durch die Gesetzgebung des Reichs und der Länder auftretende Einführungsausgaben starke Einschränkungen eintreten müssen. Trotz solcher Einschränkungen und trotz der in den Landkreisen durchgeführten Einstellung wichtiger kommunaler Ausgaben steige die Finanznot der Landkreise weiter. Schleunige Hilfe von Reich und Staat müsse zur Vermeidung schlimmster Folgen eintragen. Die Frage, ob und in welchen Umfang Kreditaufnahmen durch Kreditanstaltungen in der öffentlichen Haushalte erzielt werden können, werde ernstlich erwogen, bedurfte aber eingehender Prüfung.

Die französische Delegation für Genf

Der französische Ministerrat hat am Donnerstag beschlossen, als Hauptdelegierte zur diesjährigen Ritterbundtagung die Minister Briand, Chaland und Rollin zu entsenden.

Der Präsident der Republik hat den Unterstaatssekretär François Vautier am Donnerstag zum Botschafter Frankreichs in Berlin ernannt.

Die Beratungen über das englische Sparprogramm

Barrikade kein propagativer Missgriff

London, 20. August. (Eigener Drahtbericht.)

Die Arbeiterrégierung unterrichtet die Räte und Untergouvernements am Donnerstag über den

nach langen Kabinettberatungen zustandegekommene Sparprogramm. Zunächst wurden die Vertreter der Liberalen Partei empfangen, dann die Führer der Konservativen Partei und schließlich der Vorstand der Labour-Partei und der Generalrat der Gewerkschaften.

In dem Sparprogramm, über dessen Inhalt zuverlässige Angaben immer noch nicht vorliegen, ist der vielbehauptete 10prozentige Zoll auf die gesamte Einfuhr nach England nicht enthalten. Innerhalb der Regierung war eine Einigung darüber, ob dieser 10prozentige Zoll in das Programm aufgenommen werden soll oder nicht, nicht zu erzielen. Immerhin bedeutet dieser Fall sowohl für die Konkurrenz wie für die Gewerkschaften das kleinere Übel, soweit man durch ihn um eine Erhöhung der direkten Steuern oder um eine Lohnentfernung herankommen kann. Es ist deshalb nicht ausgeschlossen, dass der Zoll während der Beratungen über das Sparprogramm wieder ernsthaft in den Hintergrund der Besprechungen tritt. Wie lange sich die Verhandlungen hinziehen werden, ist vorläufig nicht zu erkennen. Am Freitag vormittag werden die Führer der Konservativen Partei von der Regierung nochmals empfangen.

Wechsel in der Zeitung der ÖBL

Riga, 19. August. (Eig. Drahtbericht.)

Der stellvertretende Leiter des ÖBL, Mensing, ist durch Beschluss des Zentral-Exekutivkomitees der Sowjetunion seine Amtes entzogen worden. Mensing ist dem Außenhandelskommissariat zugeordnet worden. Welche Gründe dieser Maßregelung zugrunde liegen, ist bisher nicht bekannt geworden.

Der neue chinesisch-russische Staatsrat

Die Streitigkeiten mit den chinesischen Behörden in der Mandchurie rufen in Moskau Unruhe hervor. Man befürchtet, dass nach einer Periode verhältnismäßig ungetrübter Beziehungen jetzt wiederum Konfrontierungen beginnen, die bis ins Jahr 1929 zu einem Konflikt erüttelter hätten könnten. Den neusten Meldungen der Telegraphenagentur der Sowjetunion zufolge hat der Komitee-Konsul in Charkow nicht, wie ursprünglich vermutete, nur eine Note an die chinesischen Regierungsorgane gerichtet, sondern in einer ganzen Reihe von juristischen Behörden und Räten den Protest der Sowjetregierung gegen das Verhalten der mandchurischen Behörden zum Ausdruck gebracht. Es werden von sowjetischer Seite vor allem zwei Punkte vorgetragen: erstens gesetzlose Kosten gegen die seit einigen Wochen den verschiedenen Sparinstituten, zweitens um, der in der Mandchurie lebenden Sowjetbürgern in den Weg gelegte Schwierigkeiten, bis nach der Moskauer Ruffassung als Schikanen zu betrachten sind, zweitens wird gegen Protest erhöht, dass mehrere verhaftete Sowjetarbeiter über deren Verhältnisse hier noch nichts bekannt (R) dem örtlichen Kriegsgericht übergeben werden sollen, während nach der militärischen Abreise von 1924 Sowjetstaatsangehörige nur von bürgerlichen Gerichten aburteilen sind. Ein weiterer Bericht aus Charkow steht noch abzuwarten, es wird in Moskau aber mit einer Verbesserung des russischen

10 000 Siegel im Grabengraben

Ein Postauto, das mit 10 000 Dachziegeln nach Glogau fuhr, geriet in früher Morgenstunde auf der Chaussee Teutsch-Glogau — Rückenwaldau in den über einen Meter tiefen Grabengraben. Der Führer des Wagens, der die Kraft durchfuhr, war übermüdet gewesen. Der größte Teil der Ladung ist unbrauchbar geworden. Die Flottmachung des Gefülltes machte außerordentliche Mühe.

Aus der Umgebung

Der Mord bei Obernig

Der wahrscheinliche Mörder im Ausland

Der Verdacht, dass der Arbeiter Stanislaus Czerny aus Myslowitz als Täter in Frage kommt, hat sich im Laufe weiterer Nachforschungen bedeutend verstärkt. In Czernas wurden in den letzten Tagen noch fünf Zeugen ermittelt, die Czerny am 21. Juli, also drei Tage vor dem Mord, gesehen bzw. logar gesprochen haben. Sie alle kennen Czerny von 1928 bzw. 1929 her, als er in Czernas als Tiefbauarbeiter beschäftigt war. Auch haben sämtliche Zeugen unter mehreren vorgelegten Identitätsbildern Czerny herausgefunden, selbst ein Zeuge, der ihn vorher nicht kannte.

Die Ermittlungen sind dadurch bedeutend erschwert, dass Czerny Pole ist und zurzeit im Gerichtsgefängnis Moslawitz eine sechsmonatige Gefängnisstrafe wegen Einbruchsdiebstahls verbüßt. Eine Auslieferung dürfte auch nach dem geltenden Recht nicht in Frage kommen.

Klettendorf. Arbeiter-Kad. und Kraftfahrer-Sektion

bund "Solidarität". Ortsgruppe Klettendorf-Hartlieb.

Sonnabend, den 22. August, wichtiger Vereinsabend, Brodau. Der republikanische Tag verspricht eine gewaltige und eindrucksvolle Demonstration zu werden. Das ist auch notwendig, denn reaktionärer Geist hat hier, obwohl in Brodau meist nur Lohn- und Gehaltsempfänger wohnen, einen guten Boden. Schon die Kinder auf der Straße spielen mit Vorliebe Stahlhelm und Kugel, und verfünden, wer Deutschland vertraten habe. Im kommenden Sonntag aber werden die Arbeiter, Angestellten und Beamten Brodaus, die nicht dem Rücktritt Vorspann leisten wollen, zeigen, dass auch bei uns der Kampf für die Demokratie seine Stütze in der freiorganisierten Arbeitnehmerhaft hat.

Lobetitz. Verhaftung eines Brandstifters. Dieser Tage wurde der 28jährige Kaufmann F. von der Kriminalpolizei verhaftet, da er der vorläufigen Brandstiftung überführt werden konnte. Er hatte am gleichen Tage sein Wohnhaus in Brand zu legen versucht. Nach der Festnahme gestand er sein Vorhaben ein.

Sozialdemokratische Partei

Unterbezirk Breslau-Land/Neumarkt/Nimpisch

Sekretariat: Margaretenstr. 17, Gartenhaus (Nienhau), Zimmer 120-124

Telefon 59060, 59061

Sprechstunden: Dienstag, Mittwoch, Freitag von 8—13 u. 16—18 Uhr

Olsachin. Freitag, den 21. August, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung im Hotel Süßig. Redner: Genosse Schiffer. Nur Mitglieder haben Zutritt.

Rattau. Mitgliederversammlung am Freitag, 21. August, abends 8 Uhr, bei Tille. Redner: Genosse Baier.

Saleau. Mitgliederversammlung am Freitag, 21. August, abends 8 Uhr, bei Maiwald. Redner: Genosse Löbe.

Tunzberg. Mitgliederversammlung am Freitag, 21. August, abends 8 Uhr, bei Seidel. Redner: Genosse Seppel, M. d. R.

Operau. Sonnabend, den 22. August, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung bei Riewitzki. Redner: Genosse Schiffer.

Tschodnitz. Deftige Versammlung am Sonnabend, den 22. August, abends 8 Uhr, im Hotel von Heroldenberg. Redner: Genosse Steffen.

Schottwitz. Mitgliederversammlung am Sonnabend, den 22. August, abends 8 Uhr, im Hotel Preßler. Redner: Genosse Voigt. Mitglieder erscheint restlos. Einige örtliche Angelegenheiten werden erledigt.

gerechnet, besonders weil die in der Mandchurie lebenden russischen "Reichgardeisen" bei diesen neuen Streitigkeiten die Hand im Spiel haben sollen.

Preußisch-Süddutsche Lotterielotterie

Wie uns die Lotteriebank Stadt Breslau, Edibus-Tourenplatz 1, mitteilt, wurden folgende Gewinne gezogen:

9. Siebungstag

On der heutigen Vormittagsziehung wurden Gewinne über 400 M. gezogen

2 Gewinne je 1000 M. Nr. 144722

2 Gewinne je 2500 M. Nr. 184417

2 Gewinne je 1000 M. Nr. 317588

22 Gewinne je 500 M. Nr. 106313 186275 196832 206988 213957

214708 288415 312926 368734 368790 368859 374793 117255 186934 222514

234795 238342 266903 301363 329206 329288 337988 337989 337990 337991

48 Gewinne je 2000 M. Nr. 21302 368698 412988 788604 85202 878561

127211 157943 161460 163228 184793 185011 204060 224073 229204

236367 291689 307784 314916 3162

Zwei polnische Militärflugzeuge abgestürzt

Sieben Toten

Auf dem Truppenübungssplatz Gruppe wollte ein mit zwei Offizieren und zwei Soldaten besetztes Militärflugzeug eine Notlandung vornehmen. Etwa 30 Meter über der Erde rutschte die Maschine ab und fiel auf einen Stall. Bei dem Aufschlag auf die Erde explodierte der Benzintank und leise Flugzeug und Stall in Flammen. Die Insassen waren so festgeklemt, daß sie sich nicht mit eigener Kraft befreien konnten. Keine Hilfe kam, waren sie alle vier bei lebendigem Leibe verbrannt. Zwei Arbeiter, die in dem Stall schliefen, konnten nur mit schweren Brandwunden aus dem Gebäude gerettet werden, das bis auf die Grundmauern niedergebrannte.

Ein Flugzeug, das sich auf dem Wege von Thorn nach der Festung Dęblin (Jwangorod) befand, stürzte in der Nähe von Thorn aus ungeläufiger Ursache ab. Die beiden Insassen, zwei Fliegeroffiziere der Reserve, die 24 und 25 Jahre alt waren, wurden auf der Stelle getötet. Es handelt sich in beiden Fällen um Maschinen französischen Ursprungs vom Typ „Potez“, die im Volksmund den Beinamen „Fliegende Särge“ führen.

Ein zweites Schiffsunglück im Selben Meer

Es wird befürchtet, daß während des Wirbelsturmes, dem der Dampfer Among Sang zum Opfer gefallen ist, auch der kleine chinesische Küstendampfer Ming Lee mit 300 chinesischen Passagieren an Bord verunglückt. In der Nähe der Insel Fuhsan wurde eine Anzahl auf dem Wasser treibender Leichen beobachtet.

Gastod einer Familie

Der 44 Jahre alte Kaufmann Kühn, Besitzer einer Materialwarenhandlung in Arnstadt (Thüringen), hat in der vergangenen Nacht sich, seine Frau und seinen sechsjährigen Sohn durch Gas vergiftet. Die Eheleute hatten ihre Betten in die Küche gebracht und dort den Gashahn geöffnet. Aus hinterlassenen Briefen geht hervor, daß die Tat aus wirtschaftlicher Not gekahrt.

Eine Kinderschlacht

Polizei muß eingreifen

Eine Kinderschlacht bedenklichen Umfangs entwickelte sich heute abend gegen 7 Uhr im Kordon Berlins in der Böttger-Straße. Schulkindern im Alter von 10 bis 14 Jahren aus der Puttbauer-Straße rückten mit Latten, Eisenstangen und anderen Gegenständen bewaffnete ihre Mitschüler aus der Böttger-Straße an. Es entwickelte sich eine Schlacht, die erst durch das Erscheinen einer Polizeistreife beendet wurde. Der größte Teil der Kinder, man rechnet 80 bis 100, ergriffen die Flucht. 12 konnten von ihnen ergriffen werden. Ihre Namen würden noch heute der Schulleitung mitgeteilt. Ob es dabei zu Verletzen gekommen ist, konnte noch nicht festgestellt werden.

300 000 Mark erschwindelt

Auf Veranlassung der Karlsruher Kriminalpolizei wurde gestern vormittag der 42 Jahre alte Landwirt Johann Eichbach aus Karlsruhe in Zürich verhaftet. Er hat im Laufe der Zeit eine ganze Reihe von Personen um rund 300 000 Mark betrogen, in der Hauptsache kleine Geschäftslute, die er um ihre Erspartnisse gebracht hat. Eichbach hatte in Karlsruhe ein Treuhands-Büro, das ihm als Deckmantel für seine umfangreichen Beträgerkeiten diente.

Baumglück

In Diedenhofen brach ein an einer Eisenbahnbrücke aufgestelltes Aushebungsgerüst zusammen. Zwei Montate, die auf dem Gerüst arbeiteten, stürzten ab und verunglückten tödlich.

33 Typhusfälle

In Basel sind 33 Gäste und Angestellte eines alkoholfreien Restaurants an Typhus erkrankt. Eine Kellnerin erlag bereits dem Leid. Sämtliche Erkrankte hatten in dem Restaurant, das inzwischen geschlossen wurde, am gleichen Tage zu Mittag gegessen.

Ermordung einer Botenfrau

In drei Eichenhain bei Frankfurt a. M. wurde eine 38jährige Botenfrau in ihrer Wohnung ermordet aufgefunden. Der Täter verdächtigt wurde der 60jährige Chemiker der Ermordeten verhaftet.

180 000 Mark unterdrückt?

Unter dem Verdacht, 180 000 Mark unterdrückt zu haben, wurde der Gilshausener Filialleiter der Hohenhauser Spar- und Darlehnskasse, Rendant Oskar Erdbrügger, verhaftet.

Verhaftete Zollbeamte schweigen

In Rosla bei Dessau wurden ein Ingenieur und ein Konstruktör verhaftet, die beauftragt werden, nachgemachte Zweimarkstücke in Verkehr gebracht zu haben.

Skandal in Kreisels

In Kreisels stellte sich bei einer unverhohlenen Razzia heraus, daß ein junger Ingenieur seit Jahren eine Reihe von Firmen einzeln bei der Vergabe von Straßenbaumaßnahmen unterfützt und dafür Bezahlungsgegenwart erhalten hat. Der Ingenieur wurde sofort freigesetzt. Die Staatsanwaltschaft hat ein Strafverfahren eingeleitet.

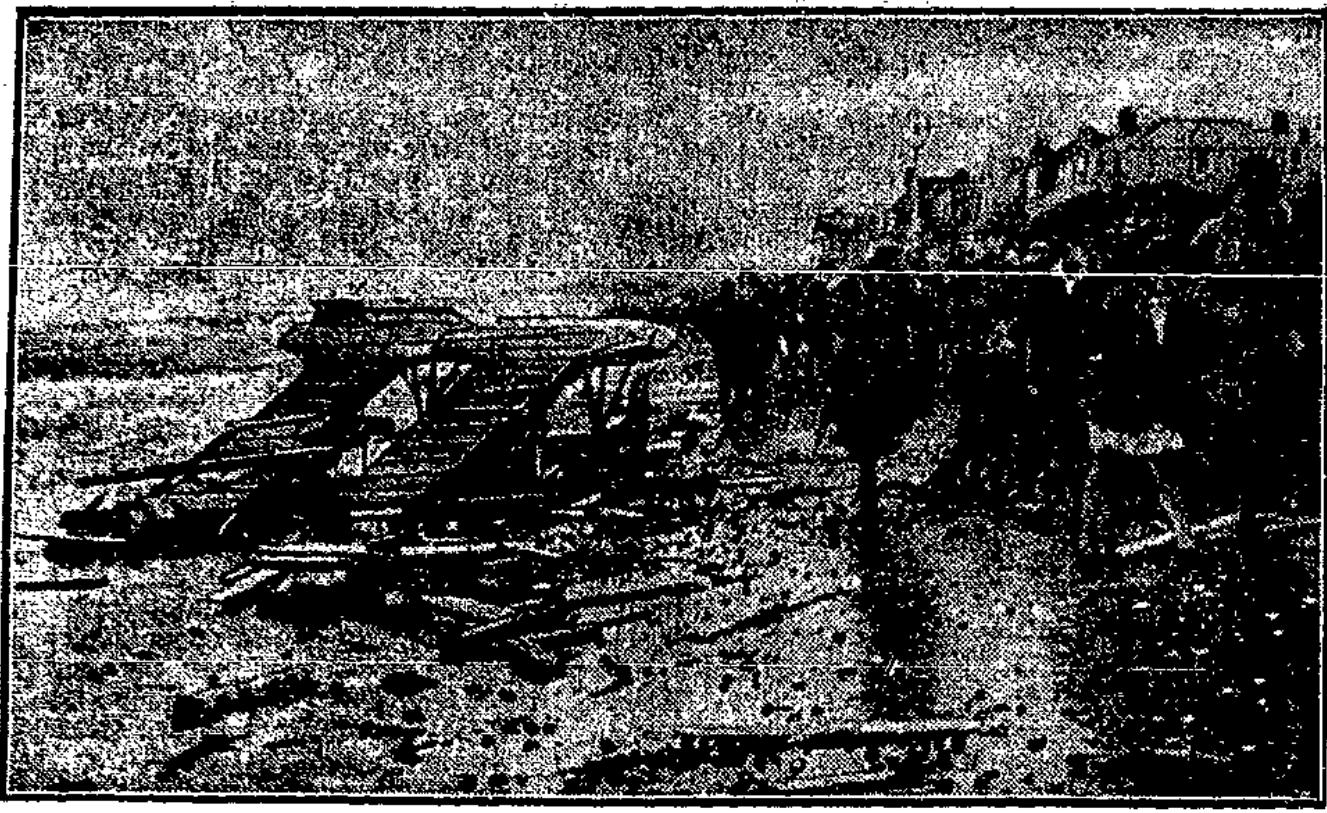
Tod vor Görlitz

In Leipzig erstickte sich ein ausländiger Knabe beim Aufstieg eines Riesenrades so sehr, daß er einen Herzstillstand erlitt.

Stolzlosigkeit

Seine Eltern und seine Freunde sahen einen jungen Mann zu einer Riesenaufzähme ein. Während der Riesen im weiteren Geschehen verschwand, banden die Jungen den jungen Mann an und ließen ihn in der Kabine hängen, während sie lachten und lachten. Der junge Mann und der Mann saßen auf einer Bank im Hintergrund. Die Jungen lachten und lachten, und bald brachen die Straßen-

Sturm über England



Die Küste Südbenglands wurde in den letzten Tagen von außerordentlich starken Stürmen heimgesucht, die überall schwere Verwüstungen angerichtet haben.

Degien des Verbrechertums

Der vergebliche Kampf gegen das Wüten der amerikanischen Unterwelt

Die Reputation der Chicagoer Banden hat die New Yorker Unterwelt nicht schlafen lassen. Sie sagt sich: Leben wir nicht in der reichsten Stadt der Welt, haben wir nicht wertvolle politische Beziehungen und eine handvoll bestechlicher Stadtrichter, die nur zu gern die Befehle der Bosse der Verbrechersyndikate ausführen? Haben wir von Flugzeugen, geheimen Radiostationen, schweren Maschinengewehren und Dynamitbomben bis zur automatischen Kleinpistole nicht alles, um den Reinigungsversuchen der Bundes- und Stadtsbehörden wissentlich entgegentreten zu können? Und haben wir zumindest unsere Freunde und Spitzel nicht überall in der 16 000 Mann starken New Yorker Polizeiarmee führen, der erst neulich in den Gutachten der Hooverischen Rechtskommission das Zeugnis der Korruption und engster Gemeinschaft mit der New Yorker Verbrecherwelt ausgestellt worden ist?

Keine Rücksicht auf Harlemer Kindermord

Was also braucht man mehr, um den einfachsten Rechtsanprüchen von Millionen Bürgern ungehindert ins Gesicht schlagen zu können? Gangsters fahren in Automobilen durch die in glühender Sonnenhitze summenden Straßen und schließen im ungeübte Laufender ihre Gegner unbekümmert ab. In einer dieser Fußläden, die durch das italienische Viertel von Harlem führt, wurde ein Kind erschossen und vier weitere, darunter ein schlafendes Baby im Kinderwagen, schwer verletzt. Natürlich galten die Augen nicht den Kindern, sondern dem einen oder anderen Bandenkumtanten, der sich auf der anderen Seite missliebig gemacht hatte und dafür mit dem Leben bezahlen sollte. Wie stets in solchen Fällen, konnte das Auto trotz der überfüllten Straßen unerkannt verschwinden. Alle Aufklärungsbemühungen der Behörden und Ausschreibungen von 30 000 Dollar zur Feststellung der Täter, erwiesen sich als erfolglos. Die Nachsuchungen der Polizei stießen auf eisfester Widerstand und ein Schweigen, das geradezu aus einer übernatürlichen Furcht geboren war.

Riemand wagt eine Anzeige

Dieses Grausenschweigen ist vielleicht eine der furchterlichsten Folgen, die das moderne Bandentum über Amerika gebracht hat. An ihm scheitern alle Spuren und Spitzelhinweise, an ihm scheitern die Aufklärerhebung und Überführung der Schuldigen, daß die Hauptzeugen sich trotz besserem Wissen einfach weigern, belästigt auszuzeigen. Sie wissen, was ihnen und ihrer Familie von der Hand der Speckgesellen der überführten Verbrecher droht und sind nicht bereit, dieses ungeheure Risiko trotz aller Schutzgarantien auf sich zu nehmen. Handelt es sich um italienische Gangsters und um Verbrechen gegen deren Landsleute, so trostet sich der Besserwisser damit, daß die Angehörigen der Ermordeten das Recht in ihre eigene Hand nehmen werden.

Die Prohibition — der große Schädige

Es wäre jedoch falsch, wollte man ausschließlich verbrecherische Reihungen und eine geradezu sadistische Lust am gegenseitigen Abmorden für diese Auswüchse verantwortlich machen. Diese Banden sind nur äußerliche Wucherungserscheinungen einer Krankheit, die ja im Seuse eines Jahrzehnts über ganz Amerika verbreitet hat und heute das Land zu zerstören droht. Schuld an den Unruhen des Verbrechertums und der fortwährenden Durch-

löcherung des amerikanischen Rechtssystems ist die Prohibition, die Dinge auf diesen Höhepunkt getrieben und in vielen Fällen die Behörden zu offenen Helferschaltern des Bandentums gemacht hat. Ist doch die organisierte amerikanische Verbrecherwelt heute eine Macht, die es mit jeder staatlichen Macht an Waffen und Mitteln aufnehmen kann, ja ihr sogar überlegen ist, weil sie die überwiegende Mehrheit der prohibitionsmüden Bevölkerung indirekt auf ihrer Seite hat. Das Verbrechertum zieht aus dem geheimen Alkoholhandel, der Alkoholhandel aus der Prohibition seine Kräfte. Schwarzbrunnen, Alkoholsmuggel und Alkoholhandel haben das Tätigkeitsfeld des herumzähmenden Verbrechertums so ertragreich gestaltet, daß Tausende und Tausendfache von Menschen täglich bereit stehen, sich gegenseitig die Hölle abzuschneiden und den härtesten Strafen zu trotzen. Solange die Prohibitionsgesetzgebung besteht, wird es keine Möglichkeit geben, die amerikanische Unterwelt wissentlich zu bekämpfen. Die schärfsten Strafen, das rücksichtslose Vorgehen der Behörden muß erfolglos bleiben, solange die finanzielle Gewinnlinie des Alkoholgeschäfts alle anderen Erwägungen in den Hintergrund treten läßt.

Jugend lädt sich nicht diskutieren

Wer im übrigen geglaubt hat, daß die behördlichenheitsbetriebene Jugendhaftigkeit und Zwangsarbeitslager zu einer beträchtlichen Verminderung der Gefängniszahlen führen würden, hat sich gründlich geirrt. Während im Jahre 1905 die tägliche Belegzahl in den Bundesstrafanstalten 1617 betrug, war sie im Jahre 1930 auf 13 600 gestiegen. Die Zahl der Verurteilungen wegen Übertretung von Bundesgesetzen belief sich im Jahre 1915 auf 13 477 und war im Jahre 1928 auf 69 265 gestiegen. Die letzten Jahre haben im strafrechtlichen Register der amerikanischen Nation weitere alarmierende Aufstiege gezeigt, eine Tatsache, die ausschließlich auf das Konto der Prohibitionsgesetzgebung und ihrer entstinklichen Wirkungen zu setzen ist. Die Prohibition ist nicht an einem Komplott von Interessenten gescheitert. Sie ist gescheitert an der Unmöglichkeit, einer Nation von 120 Millionen behördlich vorzuschreiben, was sie tunken, wie sie sich benehmen und zu welchen moralischen Richtlinien sie sich bekennen soll.

Riesenfeuer auf Korfu

Nördlich von Bastia auf der Insel Korfu brannte in der Nacht zum Donnerstag ein Riesenfeuer aus. Eichenwaldungen und umfangreiche Wein- und Olivenplantagen wurden vernichtet. Von dem durch heftigen Wind angefachten Feuer waren lange Zeit zwei Dörfer so bedroht, daß sie geräumt werden mußten. Nachdem sich der Wind gelegt hatte, konnte am Donnerstag mit Unterstützung von Truppenabteilungen aus Bastia der Brand gelöscht werden.

Unfall Caracciolas

Der bekannte deutsche Autorennfahrer Hans Caracciola stieß in der Nähe von St. Pölten bei Wien mit seinem Mercedeswagen gegen ein Postauto. Caracciolas Wagen wurde gegen einen Baum geschleudert und schwer beschädigt. Caracciola erlitt leichte Verletzungen.

Schuleinsturz

In Barquisimeto in Venezuela stürzte eine Schule ein. Acht Schülerinnen wurden getötet, viele andere verletzt. Die Rettungsarbeiten sind infolge schwerer Regenfälle, durch die die Straßen überschwemmt wurden, sehr erschwert.

Entdeckung des Baikal-Sees

Auf dem Baikalsee, einem der tiefsten Seen Russlands, lief ein wissenschaftlich-technisch ausgerüstetes Schiff vom Stapel, das zur Erforschung der Tiefe des Sees dienen soll. Besitzerin des Schiffes ist die Akademie der Wissenschaften in Moskau.

Neuer Komet entdeckt

Ein in Brownsville (Kalifornien) wohnender japanischer Amateurastronom hat mit Hilfe eines Teleskops einen neuen Kometen entdeckt, der in der Konstellation des Löwen in der Morgenrichtung sichtbar ist.

Neuer Ballonrekord

Einen neuen Rekord im Ballonhöhenabstieg setzte mit einem Sprung aus 6800 Meter Höhe Leutnant Petersson in Riga auf.

Geplante Ozeanüberquerung

Zwei junge Männer, ein Engländer und ein New Yorker aus dem Atlantischen Ozean überquert. Die Reise endete in Plymouth (Süd-England).



Am 26. August 1931 ist in Südostasien ein Segelschiff namens „Spartacus“, der erste japanische Segelschiff, gesunken.

ARBEIT UND WIRTSCHAFT

Beschläge der freien Gewerfschaften für ein Banfengam

Der Skandal, daß das Reich mit Hunderten von Millionen private Banken finanziert, ohne sich bisher eine ausreichende Kontrolle über die volkswirtschaftlich richtige Verwendung seines Gelöbtes verschafft zu haben, hat die Leidenschaft, mit der die deutsche Öffentlichkeit eine Kontrolle der Banken fordert, gesteigert. Die Befürchtungen, daß die Regierung unter Druck der Interessenten diese Forderung ins Harmlose ablegt, ist gerade nicht geeignet, jene Beruhigung in der Öffentlichkeit wieder herzustellen, der das deutsche Geldwesen zu seiner Gesundung bedarf. Deshalb ist es doppelt erfreulich,

dah die Gewerkschaften sich der Sache angenommen haben und den Absenkungsmanövern der Interessenten ein Programm entgegenstellen, dessen Verwirklichung die notwendige Kontrolle gewährleistet. In den vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und dem Afa-Bund aufgestellten Richtlinien wird gefordert, daß das Reich die Aufsicht über alle Banken einschließlich der Niederlassungen ausländischer Banken ausüben muß. Mit Rücksicht auf die internationale Bindung des Bankengesetzes ist nur die Reichsbank auszunehmen. Das Bankenamt kann auch solche Banken ganz oder teilweise von der Aufsicht ausnehmen, deren Verbindlichkeiten einen bestimmten Betrag nicht überschreiten. Im übrigen wird die Ausübung des Bankengesetzes von der Erlaubnis des Bankenamtes abhängig gemacht.

Danach wurde die Ausübung des Handgewerbes in Deutschland konzessionspflichtig.

Als Träger der Reichsaufsicht wird neben der Reichsregierung das Bankenamt bezeichnet. Es soll aus einem von der Reichsregierung zu ernennenden Vorstand bestehen, zu dem ein Beirat tritt. Zu je einem Drittel sind die Mitglieder des Beirates von der Arbeitnehmer- und der Arbeitgebergruppe des Reichswirtschaftsrates auszuwählen. Das Vorschlagsrecht für das reelle Drittel erhalten Reich, Länder, Gemeinden und Reichsbank. Auf die Zusammenziehung des Vorstandes und des Beirates wird natürlich alles ankommen, weil beide die allgemeinen Richtlinien für die Tätigkeit des Bankenamtes zu bestimmen haben, gegen die der Reichsregierung das Einspruchrecht vorsteht. Der Vorstand ist bei seinen Entscheidungen an die Richtlinien des Bankenamtes gebunden und für ihre Durchführung bei den Banken verantwortlich. Gegen seine Beschlüsse können die Banken beim Beirat Einspruch erheben. Der Beirat muß mindestens einmal monatlich zusammentreten und der Vorstand muß dem Beirat jede gewünschte Auskunft geben. Diese Bestimmungen sollen bezwecken, daß der Beirat tatsächlichen Einfluß auf die Banken erhält und nicht, wie in anderen Fällen, zu einer bloßen Verzierung wird. Das Bankenamt muß bei den Großbanken und kann bei den übrigen Banken einen oder mehrere Bankkommissare einsetzen. Diese Kommissare sind Organe des Bankenamtes und an seine Weisungen gebunden. Ihnen ist die Einsicht in alle Geschäfts-vorgänge zu gewähren. Sie können Beschlüsse und Rechtshandlungen aller Organe der Banken, die nach pflichtgemäßem Ermeessen der Bankkommissare gegen die Richtlinien und Anordnungen des Bankenamtes verstößen oder die Sicherheit der Einlagen oder der gesamtwirtschaftlichen Interessen gefährden, beaufstanden. Bei Streit zwischen Banken und Bankkommissaren entscheidet das Bankenamt endgültig. Das Bankenamt hat auch Wirtschaftsprüfer anzustellen und kann durch diese Wirtschaftsprüfer die seiner Aufsicht unterliegenden Banken und erforderlichenfalls große Schuldner der Banken untersuchen lassen.

Um die Aufsicht durchzuführen, ist das Bankenamt verpflichtet, alle Maßnahmen zu treffen, die erforderlich sind, um die Geschäftstätigkeiten der Banken mit den Gegebenen, den Richtlinien und den Anordnungen des Bankenamtes in Einklang zu bringen. Insbesondere kann das Bankenamt von den Banken jede ihm notwendige Zusicherung verlangen. Im Interesse der Kredit Sicherheit wird gefordert, daß das Bankenamt die Einhaltung der Bestrebungen des allgemeinen Aktienrechts hinsichtlich des Bilanzschlusses und der Bilanzprüfung überwacht. Die Banken sind verpflichtet, dem Bankenamt monatliche Berichte und Bilanzen und zum Jahresende den Geschäftsbericht nebst Gewinn- und Verlustrechnung einzurichten. Für die Aufstellung der Berichte und Bilanzen gibt das Bankenamt besondere Formblätter heraus, in denen vor allem Kreditoren und Debitoren nach Zu- und Auszahl und nach Höhe der Kredite aufgegliedert sein müssen. Mindestens alle zwei Jahre hat das Bankenamt bei den einzelnen Banken eine Revision vorzunehmen. Dem Bankenamt wird die Sicherstellung auferlegt, genetische Korrigierbarkeit über die Anlagen der Banken unter dem Gesichtspunkt der Liquidität und der Sicherheit der Anlagen und unter dem Gesichtspunkt gemeinschaftlich erwünschter Kapitalrichtung zu erhalten. Dabei hat das Bankenamt das Recht, den beteiligten Kunden und den Kommissionären den Stand der Verpflichtungen nachzuhören, die von mehreren Kunden Kredite erworben haben, aufzuteilen. Es ist verpflichtet, auf Anfrage des Bankenamtes einen vorläufigen Zustand über die Verpflichtungen eines Einzelkredits oder eines anderen Kunden zu ertheilen. Die Kunden haben gegeben werden, dem Bankenamt von jeder, durch sie für ein Unternehmen ausgeführende Aktien- oder Kapitalverpflichtungsgeschäfte Mitteilung zu machen. Wenn das Bankenamt nicht innerhalb einer Zeit von vier Wochen Einspruch erhebt, gilt das Einverständnis als geäußert. Zu dem Weisungsrecht des Bankenamtes gehört auch die Aufstellung allgemeiner Richtlinien über die Anzahl und Auslandsfreibilanen. Die Richtlinien haben zudem die genehmigte von der Zollbehörde vorgenommene Abgabe zu regulieren. Weiter hat das Bankenamt die Beschaffung von Kapitalstockkapital zu den Anlagen zu kontrollieren, das Verhältnis zwischen Eigenkapital und Vermögen, die Abwendung von Witter oder anderen unerlaubten Gewinnabzügen sowie die Gewinnverteilung als Kontrollobjekte. Es soll auch im Geschäftsbuch mit der Stellungnahme des Bankenamtes für die Ausübung eines Rechtes verhindert werden.

Banken, insbesondere für die Berechnung der Soll- und Habengewinne und Provisionen erfassen können. Der Abschluß von Interessengemeinschaften und Fusionen bedarf der Genehmigung des Bankenamtes. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die gesamt wirtschaftlichen Interessen oder die sozialen Interessen der Bankangestellten nicht ausreichend gewährleistet sind.

Bei groblicher Verleugnung der gesetzlich begründeten Pflichten durch die Banken hat das Bankenamt im Einvernehmen mit dem Beirat das Recht, den Tatbestand der Reichsbank mitzuteilen, was die Kreditentziehung zur Folge hat, Vorstand oder Aussichtsratsmitglieder von ihrem Amt zu entheben und die Konzession zu entziehen. Selbstverständlich sind im Gesetz auch entsprechende Strafvorschriften zu erlassen. Gegen Einzelentscheidungen des Bankenbeirats ist Rechtsbeschwerde beim Reichswirtschaftsgericht möglich, das nur über die rechtliche Zulässigkeit der Entscheidung befindet.

Beweis dafür, daß die Ausgesperrten in der Beurteilung sozialen Einstellung bisher Recht behalten haben.

Es wundert uns nur, daß Sie das doch gewiß nothwendig einen neuen Erwerbszweig (Nebenberuf) als Vermieter, im Volksmund „Schlummerdauer“, durch die Zeitung von Schleswigschen zugelegt haben. Wir würden es für zweckmässiger halten, wenn Sie die leerstehende Wohnung, in augenblicklich Ihre arbeitswilligen Schleswigschen untergeben, dem Wohnungsamt zur Vergabeung an einen der viertausende, die in Breslau Wohnung suchen, zur Verfügung stellen möchten. (Dem Wohnungsamt zur gefl. Nachprüfung empfohlen.)

Herr Büffel, wohnhaft in Breslau-Zimpel, Amielweg
der von Steinles Gnaden-Tor in seinem Betrieb gewo-
lbt ist, ist uns seit Jahren als geschäftlicher Verwandlungslin-
ien bekannt; unter anderem früherer Drucker der „Arbeiter-Zeitung“.
Wir können heute schon verraten, daß sein von ihm im Ja-
hr 1907 verfaßtes Stück „Der Streitbrecher“ bei unserem na-
chsten Johannisfest unter dementsprechender Rollenverteilung zur A-
ufführung gelangen wird.

den er an irgend einer Stelle getan hat, daß die Ausgesperrten
weder ins Wasser gefallen noch tot sind, sondern im Gegensatz
für alle Fälle freiwillige Mitglieder der Allgemeinen Un-
fallkasse zu Breslau geworden sind, nur mit dem Unterschied,
dass sie nicht versäumten werden, ihre Beiträge pünktlich ab-
zuzahlen um sich bequem nicht störbar zu lassen.

liefert, um sich deswegen nicht pfänden zu lassen.
Aber auch die Polizei möchten wir nicht unterlassen erwähnen. Es ist rührend anzusehen, wie die Arbeitswill mit einer besonderen Liebe und Bereitwilligkeit betreut werden möchte dem Herrn Polizeipräsidenten empfehlen, anderen von uns gemeldeten Dingen die dementsprechende Sammlsamkeit zu schenken, und richten daher an den Herrn Polizeipräsidenten resp. das Polizeipräsidium 4/5 folgende Fragen:

1. Was ist bisher getrieben, um die seit Wochen in Betrieb bestehende ungesehliche Arbeitszeit, die auch der Polizei auf unser Eruchen wiederholt festgestellt wurde, zu unterbinden? (Zeugen erlauben wir uns in beliebiger Zahl zur Verfügung zu stellen.)
 2. Sind die Werkstätten für Schlosserjungen außer Gesetz? Und hat Herr Steinke die Genehmigung Haltung von solchen?
 3. Wenn ja, sind die dementsprechenden Vorlesungen damit das leibliche und fittliche Wohl der darin beschäftigten Arbeitswilligen nicht gefährdet wird?
 4. Werden alle Sicherheitspolizeilichen Werkstätten (Zahl bedienung, Schlafen von Personen in gewerblichen Räumen, Essen, Steine, Feuer, &c.)

Dürf das mehr als sonderbare Verhalten des Gewissensamtes Breslau-Ost, welches für den leider ersten Gewerberat Kaußmann, von dem Gewerbeassessor Wagner verwaltet wird, sowie mit dessen Aufsichtsinstanz, Herrn Gewerberat Kolter, werden wir uns nach Abschluß der Ausstellung in einem Offenen Brief an den Herrn Minister beklagten.

Berbindlicher Schiedspruch für die ÖFFENTLICHEN STÄDTE UND GEMEINDEN

Die von den Bertrauensleuten in den Betrieben gesammelten Anmeldungen zur Teilnahme an der Fahrt nach Stettin müssen spätestens morgen in den Büros der einzelnen Gewerkschaften abgegeben werden.

Berbindlicher Schiedspruch für die Herren- und Damenmajestäte

Der Schiedsspruch für die Herren- und Damen-Mähdneiderei ist vom Reichsarbeitsminister am Mittwoch für verbindlich erklärt worden. Damit tritt die Tarifordnung, deren Ablauf Ende Juli abgelaufen war, mit den durch den Spruch vorgenommenen Änderungen wieder in Kraft.

Die Verbindlichkeitserklärung ermöglicht, daß nun bereits im kommenden Freitag endgültige Lohnzahlungen erfolgen können. Die Fortsetzung der Gemeinschaften auf Verbindlichkeitserklärung des Schiedspruchs war in erster Linie ein tarifpolitischer Schachzug, da die Arbeitgeber darauf aus waren, eine neue Tarifordnung überhaupt unmöglich zu machen.

Die Glücksverwendung bei Schmerz & Müllhaupt geht weiter!

Wir gratulieren Ihnen, Herr Steinke,

zu der erfolgten Abreise der vier „Ausreißer“, die Sie mit Rüthen und Kosten selbst auf internationalem Wege sich verschafft hatten. Wir wollen Ihnen aber auch den Dank aussprechen für die liebevoile Behandlung und das soziale Entgegenkommen, das Sie auch diesen Kräften entgegengebracht haben. Es ist ein

Pläne für die Erntefinanzierung

350 Milliarden Mark an Srediten bereitgestellt

Das Reichsnährungsministerium hat zähtere Angaben über die geplante Grünfinanzierung gemacht. Zu Frage eines einmal Maßnahmen, die beweisen, daß die Landwirtschaft den Verlust ihrer Grün ruhig abwidern kann. Weitere Maßnahmen sollen die Preisbildung durch Kreditverhinderung und durch Verbesserung des Abjages auf dem Wege desports beeinflussen.

Im Zusammenhang mit den ersten Rechnungen sind bereits
rechte in Höhe von 350 Millionen Mark für die
Reichsbewegung bereitgestellt. Nachdem hat man ein Bogenchein-
buch geschaffen. Die Ausführungsbestimmungen für die Zu-
tragung des Bogencheinwerts werden in Kürze erlassen.
Der Betriebsauftrag der staatlichen Getreidehandelsgesellschaft hat
damit bejaht und es ist in Aussicht genommen, daß zur Durch-
führung der Einräumung in zeitlicher Abhängigkeit Decentralisierung die
ehemaligen Säigeer von Handelsstrassen Gesellschaften und
eigene Bogenhäusern benötigt werden, um den Ausbau eines
gewissen Superettes der Getreidehandelsgesellschaft im Interesse
der Verschärfung der Bogenpreisen soweit wie möglich entbehren
zu können.

Gegen die Maßnahmen einer Grünfinanzierung, soweit sie eine übermäßige Kreditausweitung bedeuten, sowie gegen die Bildung eines Superkreditskreises ist nicht das geringste einzutreten; denn eine wahre Abschaffung des Vertrags der Gewerbeverbände liegt nicht nur im Interesse der Landwirtschaft, sondern ist zelle des Volkswirtschafts. Dagegen kann nicht bestrebt werden, gegen eine besondere Zustimmung der Grünbewegung und Landwirtschaftsförderung erhoben werden. Mit Hilfe der Zusatzbilligung auf 4 Prozent wird die Landwirtschaftlichkeit des Standes gezeigt, nicht aber eine ordnungsgemäße Überprüfung der Berechtigung ihrer Ernte auszuführen; sondern es kann lediglich der unverantwortliche niedrige Zinsfuß auf den Markt gebracht werden. Daher wird es für erlaubt, eine Preissteigerung zu erwarten, die bei Kosten der Arbeitserlösen gestiegenen Sozialpreisen. Das Reichskabinett hat sich bislang aufgrund einer vertraglichen, durch die Ausführungsbestimmungen die Bereitstellung von Mitteln für die Zusatzbilligung haben, soweit sie nicht bereits veröffentlicht sind, unmittelbar brüder. Damit ist alles aus dem Weg geräumt, um eine Erhöhung der Getreidepreise, momentan der Weizenpreise, auf den gleichen Stufen wie im Frühjahr des vergangenen Geschäftsjahrs wieder herstellen und zwar wird dies mit Hilfe einer Subvention durchgeführt, deren Kosten entsprechend abzuziehen seien. Die Regierung rechnet mit 1000 für die Zusatzbilligung Rechte von ungefähr 3 Millionen Mark in Frage kommen und somit ein Zuschuss von 7 Millionen Mark vom Reich einzubringen ist, wenn die Summe eine Summe von 100 Millionen haben. Da aber wahrscheinlich eine Erhöhung dieser Rechte über zwei Monate hinaus erfolgen wird und aus finanzieller Betrachtung wird dies nicht mehr möglich sein, so wird die Zusatzbilligung auf 4

Neben dieser Zinsverbilligung sollen bekanntlich ein hunderttausend Tonnen Roggen von der Deutschen Treidehandelsgesellschaft magaziniert werden. Die für notwendigen finanziellen Voraussetzungen sind bereits übernommen. Dagegen wird nichts von der Einführung von Exportprämien gesagt. Ob das Reichsernährungsministeriums Einsichtig genug war, die volkswirtschaftliche Schädlichkeit der Exportprämien einzusehen oder ob hierfür seine Mittel für Finanzierung der Exportprämien nicht ausreichen, entzieht unserer Kenntnis. Wahrscheinlich hat man aber eingeschaut, angesichts der Zinssubventionen und der Magazinierung anderer Mitteln notwendig sind, um die Roggengesetzgebung zu unterstützen.

Dagegen wird, um die Aufwärtsbewegung der Weizenpreise zu stoppen, der Export von deutschem Weizen bis zum 31. Dezember dieses Jahres gegen Erteilung von Ausfuhrcheinern zur Einfuhr von Auslandweizen zu einem Zollschlag von 2 auf 4 Doppelpzentner berechtigen, ermöglicht. Und zwar dürfen nur, wie der Reichsernährungsminister mal ankündigte, 40 Prozent der exportierten Menge sofort wieder eingeführt werden, sondern eine dem gesunkenen Export entsprechende Menge. Das ist den Mühsen, die an der Verarbeitung von Auslandweizen interessiert sind, die Möglichkeit gegeben, bis um 27 August ihrer Vermahlungsquote Inlands- gegen Auslandswiezen auszutauschen. Die Neuregelung der Ausfuhrcheinrechte tritt am 14. August in Kraft. Bereits vom 16. August ab ist der Vermahlungszwang für Inlandswiezen in Geltung, der für das ganze Sante Jahr auf 97 Prozent festgelegt ist. Die Mühsen also, abgesehen von dem Austauschweizen, nur 3 Prozent der gesamten Vermahlungsmenge aus dem Ausland bedenken. Der Reichsernährungsminister hat aber selber angegeben, unter Zugrundlegung des bisherigen Bedarfs von 4,8 Millionen Tonnen Weizen 300 000 Tonnen nicht aus dem deutschen Lager erledigt werden können. Er rechnet also entweder damit, daß die Lage der Verbraucher inzwischen so verschlechtert ist, daß sie die Bevölkerung einschränken müssen, oder daß die Vermählung am Ende des Sommers aufhort.

In jedem Fall entspricht die Festlegung des außerobernden sozialen Vermühlungszwanges nicht den zurzeit bestehenden Verhältnissen. Dieser Vermühlungszwang, der einem Einführungselement folgt, soll ancheinend nur den Mühlern den Anreiz geben möglichst viel Getreide zu kaufen. Wir haben es genug die Getreidepolitik des Reichsernährungsministers zu loben für die Allgemeinheit getrennt. Wir müssen diesmal wieder feststellen, daß mit allen Mitteln verhindert wird, das agrarische Preisniveau auf einer Höhe zu halten, welche der Stellenlage der deutschen Wirtschaft nicht entspricht. Dadurch wird die Landwirtschaft, soweit sie selber betreut, allen übrigen Zweigen der Wirtschaft, die von beflockten Geschäftszonen dieser Krise zu leiden beginnen. Wir halten diese Bewertung für falsch. Jene Allgemeinen wie auch im landwirtschaftlichen Untersektor, dem eine Förderung der Konsumkraft des Landes fällt sind